Gesetzblatt
der
Freien Hansestadt Bremen

2012	Ausgegeben am 6. Februar 2012	Nr. 2

Inhalt

Gesetz über die Erhebung einer Tourismusabgabe . . . . . S. 9
Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes . . . . . S. 10
Gesetz zu dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik und über die Ermächtigung der Übertragung von Aufgaben nach dem Bauproduktengesetz auf das Deutsche Institut für Bautechnik . . S. 11
Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes, des Bremischen Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Deputationen . . . . . S. 18
Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher Entwässerungsregelungen . . . . . S. 18
Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen (BremSVInfraOG) . . . . . S. 23
Verordnung zur Übertragung der Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und der ehrenamtlichen Richter im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . . S. 23
Bekanntmachung über die Änderung von Zuständigkeiten . . . . . S. 24

Gesetz über die Erhebung einer Tourismusabgabe

Vom 31. Januar 2012

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Bremisches Gesetz über die Erhebung einer Tourismusabgabe (BremTourAbgG) - („Citytax“)

§ 1

Gegenstand

(1) Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven erheben eine Tourismusabgabe als örtliche Aufwandsteuer.

(2) Gegenstand der Tourismusabgabe ist der Aufwand für die Möglichkeit einer entgeltlichen Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb. Der Übernachtung steht es gleich, wenn eine Beherbergungsmöglichkeit ohne Übernachtung genutzt wird und hierfür ein gesonderter Aufwand betrieben wird.

(3) Beherbergungsbetriebe sind Betriebe, die gegen Entgelt kurzzeitige Übernachtungsmöglichkeiten bereitstellen.

(4) Die Tourismusabgabe wird nicht erhoben, soweit nachweislich die Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb nach Absatz 3 zur Vermeidung der Obdachlosigkeit erfolgt.

§ 2

Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage ist die Anzahl der Übernachtungen je Gast.

§ 3

Steuersatz

(1) Der Steuersatz beträgt pro Übernachtung

1. in einem Hotel mit einer Klassifizierung von mindestens vier Sternen 3 Euro,
2. in anderen Hotels 2 Euro,
3. in Gästehäusern, Gasthöfen, Pensionen, Ferienhäusern und -wohnungen, Campingplätzen, Reisemobilhäfen und ähnlichen Betrieben 1 Euro.

Maßgebend für die Klassifizierung sind die in der Beherbergungsbranche für Hotels im Inland marktüblichen Kriterien.

(2) Ausgenommen von der Steuer ist die Beherbergung Minderjähriger.

§ 4

Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Betreiber des Beherbergungsbetriebes.

§ 5

Entstehung des Steueranspruches

Der Steueranspruch entsteht mit Beginn der Beherbergungsleistung.

§ 6

Anzeigepflicht, Festsetzung und Fälligkeit

(1) Der Betreiber eines Beherbergungsbetriebes zeigt dem Magistrat der Stadt Bremerhaven im Voraus seine Tätigkeit, ihre Aufnahme und ihr Ende, Betreiberwechsel und Betriebsverlegungen an.

(2) Der Betreiber des Beherbergungsbetriebs hat bei dem Magistrat der Stadt Bremerhaven bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres eine Steueranmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die Steuer selbst zu berechnen (Steueranmeldung nach § 150 der Abgabenordnung).

(3) Anmeldungszeitraum ist das Kalendervierteljahr. Die Tourismusabgabe ist am 15. Tag nach Ablauf des Anmeldungszeitraumes fällig und an den Magistrat der Stadt Bremerhaven abzuführen.

(4) Gibt der Steuerpflichtige keine Anmeldung ab, obgleich er hierzu verpflichtet ist, oder hat er die Steuer falsch berechnet, so setzt der Magistrat der Stadt Bremerhaven die Steuer fest. Steuermehrbeträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten.

§ 7

Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten

(1) Der Betreiber des Beherbergungsbetriebes zeichnet die Namen der Übernachtungsgäste und die Aufenthaltsdauer auf. Diese Aufzeichnungen und die Nachweise nach § 1 Absatz 4 und § 3 Absatz 2 sind für einen Zeitraum von vier Jahren beginnend mit Ablauf des Jahres der Steuerentstehung aufzubewahren.

(2) Zur Prüfung der Steueranmeldung sind dem Magistrat der Stadt Bremerhaven auf Anforderung für einen Steuererhebungszeitraum sämtliche oder ausgewählte Nachweise über die Beherbergungsleistungen im Original vorzulegen. Die Nachweise können nach vorheriger Zustimmung des Magistrats der Stadt Bremerhaven auch auf elektronischem Wege oder auf Datenträgern übermittelt werden.

§ 8

Prüfungsrecht

Der Steuerschuldner oder sein Beauftragter ist verpflichtet, während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten mit Dienstausweis oder besonderer Vollmacht ausgestatteten Vertretern des Magistrats der Stadt Bremerhaven zur Nachprüfung der Steueranmeldungen, zur Feststellung von Steuertatbeständen sowie zur Einsicht in die entsprechenden Geschäftsunterlagen Einlass zu gewähren.

§ 9

Mitwirkungs- und Auskunftspflichten

(1) Hotel- und Zimmervermittlungsagenturen und ähnliche Dienstleistungsunternehmen teilen auf Anfrage dem Magistrat der Stadt Bremerhaven die Beherbergungsbetriebe mit, an die sie Gäste vermitteln.

(2) Hat der Steuerschuldner seine Verpflichtung zur Einreichung der Steuererklärung sowie zur Einreichung von Unterlagen nicht erfüllt oder ist er nicht zu ermitteln, sind die in Absatz 1 genannten Unternehmen auf Verlangen des Magistrats der Stadt Bremerhaven verpflichtet, die Person des Steuerpflichtigen und die zur Steuererhebung erforderlichen Tatsachen mitzuteilen.

Artikel 2

Änderung des Bremischen Abgabengesetzes

Dem § 1 Absatz 2 des Bremischen Abgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 1962 (SaBremR 60-a-1), das zuletzt durch Gesetz vom 19. September 2000 (Brem.GBl. S. 371) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Die Tourismusabgabe wird für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven von der Stadtgemeinde Bremerhaven verwaltet."

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 2012 in Kraft.

Bremen, den 31. Januar 2012

Der Senat

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes

Vom 31. Januar 2012

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Das Bremische Hafenbetriebsgesetz vom 21. November 2000 (Brem.GBl. S. 437 – 9511-a-1), das zuletzt durch Artikel 2 Änderungsgesetz vom 12. April 2011 (Brem.GBl. S. 287) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 2 wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

   „(2) Die bremischen Häfen sind als Universalhäfen gewidmet und stehen als öffentliche Einrichtungen für den Umschlag aller zulässigen Güter offen.

   (3) Im Interesse einer grundsätzlich auf Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien ausgerichteten Gesamtwirtschaft ist der Umschlag von Kernbrennstoffen im Sinne des § 2 Absatz 1 des Atomgesetzes ausgeschlossen. Der Senat kann allgemein oder im Einzelfall Ausnahmen zulassen, insbesondere für Kernbrennstoffe, die unter die Regelung in § 2 Absatz 2 Satz 2 des Atomgesetzes fallen oder nur in geringen Mengen im Umschlagsgut enthalten sind."

2. Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 4 bis 6.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Bremen, den 31. Januar 2012

Der Senat

Gesetz zu dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik und über die Ermächtigung der Übertragung von Aufgaben nach dem Bauproduktengesetz auf das Deutsche Institut für Bautechnik

Vom 31. Januar 2012

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik in der Fassung der am 29. November 2011 unterzeichneten zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung dem Deutschen Institut für Bautechnik Aufgaben nach dem Bauproduktengesetz zu übertragen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik in der Fassung der zweiten Änderung in Kraft tritt, ist im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu geben.

Bremen, den 31. Januar 2012

Der Senat

Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Abkommen)

Die Bundesrepublik Deutschland

– nachstehend „Bund“ genannt –

und

das Land Baden-Württemberg,

der Freistaat Bayern,

das Land Berlin,

das Land Brandenburg,

die Freie Hansestadt Bremen,

die Freie und Hansestadt Hamburg,

das Land Hessen,

das Land Mecklenburg-Vorpommern,

das Land Niedersachsen,

das Land Nordrhein-Westfalen,

das Land Rheinland-Pfalz,

das Saarland,

der Freistaat Sachsen,

das Land Sachsen-Anhalt,

das Land Schleswig-Holstein,

der Freistaat Thüringen

– nachstehend „Länder“ genannt –

schließen, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer gesetzgebenden Körperschaften, soweit diese durch die Verfassung vorgeschrieben ist, nachstehendes Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik:

Artikel 1

Allgemeines

(1) Das Land Berlin führt das Institut für Bautechnik unter der Bezeichnung Deutsches Institut für Bautechnik – DIBt – (nachstehend Institut genannt) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin fort.

(2) Das Institut dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

(3) Die Beteiligten werden bei der Durchführung der in diesem Abkommen genannten Aufgaben nach Rechtsakten der Europäischen Union für harmonisierte Bauprodukte eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Sie verfolgen dabei das Ziel, den in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften und im öffentlichen Auftragswesen erreichten Stand technischer Anforderungen zu erhalten und zu verbessern. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, soweit dem Institut vergleichbare, auf Bauprodukte bezogene Aufgaben übertragen werden, die nach anderen Rechtsakten der Europäischen Union zu erfüllen sind.

(4) Das Institut hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen.

(5) Das Institut hat das Recht, Beamtenverhältnisse zu begründen. Die Beamtinnen/Beamten des Instituts sind mittelbare Landesbeamtinnen/Landesbeamte. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen/Arbeiter und Angestellten des Instituts sind nach den für die Arbeiterinnen/Arbeiter und Angestellten des Landes Berlin geltenden Bestimmungen zu regeln.

Artikel 2

Aufgaben

(1) Das Institut hat die Aufgabe,

1. europäische technische Zulassungen zu erteilen und nach Gegenstand und wesentlichem Inhalt zu veröffentlichen,
2. allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen zu erteilen und Verzeichnisse der erteilten Zulassungen zu führen und zu veröffentlichen,
3. Bekanntmachungen zur Einführung Technischer Baubestimmungen vorzubereiten,
4. bautechnische Untersuchungen einschließlich Bauforschungsaufträge anzuregen, zu vergeben, zu begutachten und zu betreuen sowie Bauforschungsberichte auszuwerten,
5. auf Antrag eines oder mehrerer Beteiligter im Einzelfall Gutachten, z. B. zur Verwendung von Bauprodukten, zu erstatten sowie Begutachtungstätigkeiten auf Antrag der nationalen Akkreditierungsstelle durchzuführen,
6. Verzeichnisse der Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen getrennt nach Bauproduktengesetz und Landesbauordnungen zu führen.

(2) Das Institut ist gemeinsame Marktüberwachungsbehörde der Länder für die Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten nach Rechtsakten der Europäischen Union. Als gemeinsame Marktüberwachungsbehörde hat das Institut insbesondere die Aufgabe,

1. Bauprodukte in technischer Hinsicht einheitlich zu prüfen und zu bewerten,
2. Bauprodukte gemäß den für harmonisierte Bauprodukte geltenden Rechtsakten der Europäischen Union vom Markt zu nehmen, ihre Bereitstellung auf dem Markt zu untersagen oder einzuschränken, zurückzurufen sowie die Öffentlichkeit zu warnen, soweit es nach landesrechtlichen Vorschriften über die Zuständigkeit der Marktüberwachungsbehörden in der jeweils geltenden Fassung als gemeinsame Marktüberwachungsbehörde zuständig ist,
3. im Rahmen der Kontrolle von in den Gemeinschaftsmarkt eingeführten Bauprodukten Mitteilungen an die für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden zu machen und nationale Maßnahmen zu treffen, soweit es nach landesrechtlichen Vorschriften über die Zuständigkeit der Marktüberwachungsbehörden in der jeweils geltenden Fassung als gemeinsame Marktüberwachungsbehörde zuständig ist,
4. Ordnungswidrigkeiten im Rahmen seiner Aufgaben nach Nr. 2 und Nr. 3 zu verfolgen und zu ahnden,
5. die Marktüberwachungsbehörden der Länder fachlich zu beraten und koordinierend tätig zu werden,
6. Aufgaben der europäischen und internationalen Verwaltungszusammenarbeit wahrzunehmen.

Das Institut kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Gutachten und Prüfungen in Auftrag geben.

(3) Das Institut hat ferner die Aufgabe, die Bauregellisten A und B sowie die Liste über Bauprodukte, für die nach Bauordnungsrecht kein Verwendbarkeitsnachweis erforderlich ist, aufzustellen und bekannt zu machen. Die Bekanntmachung der Listen bedarf des Einvernehmens der obersten Bauaufsichtsbehörden der Länder.

(4) Das Institut hat außerdem die Aufgabe,

1. die Anerkennung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen nach dem Bauproduktengesetz,
2. die Anerkennung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen sowie die entsprechende Anerkennung von Behörden nach den Landesbauordnungen und
3. Entscheidungen über Anträge auf Typengenehmigungen vorzubereiten, soweit das Institut nicht nach Absatz 6 zuständig ist.

(5) Das Institut kann

1. vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des Verwaltungsrates an der Ausarbeitung technischer Richtlinien und technischer Regeln im nationalen, europäischen und internationalen Bereich und
2. mit Zustimmung des Verwaltungsrates in Gremien bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie in sonstigen europäischen und internationalen Gremien mitarbeiten.

(6) Die einzelnen Länder können dem Institut zusätzlich die Zuständigkeit übertragen für

1. die Anerkennung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen nach dem Bauproduktengesetz und deren Überwachung,
2. die Anerkennung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen sowie die entsprechende Anerkennung von Behörden nach der Landesbauordnung und deren Überwachung,
3. die Erteilung von Typengenehmigungen,
4. den Erlass von Verwaltungsakten, die auf Bauprodukte bezogen sind, nach Rechtsvorschriften, die der Umsetzung weiterer Rechtsakten der Europäischen Union dienen und
5. über die Aufgaben der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde nach Absatz 2 hinausgehende, weitere Aufgaben der Marktüberwachung nach Rechtsakten der Europäischen Union für harmonisierte Bauprodukte.

Protokollnotiz zu Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1

Das Institut wird bei der Erteilung europäischer technischer Zulassungen vom Bund allgemein bezeichnete Stellen bitten, den Entwurf von Zulassungen vorzubereiten, soweit durch solche Zulassungen wesentliche Belange des Bundes bei der Erfüllung von Aufgaben berührt werden, die in bundeseigener Verwaltung oder im Auftrag des Bundes wahrgenommen werden. Näheres wird in der Dienstanweisung geregelt.

Protokollnotiz zu Artikel 2 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3, Abs. 6 Nr. 5

Die Wahrnehmung der Aufgaben nach Artikel 2 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 und deren Finanzierung über den Königsteiner Schlüssel nach Artikel 11 Abs. 3 und Abs. 4 knüpft an die einheitliche Regelung in allen Ländern über die Zuständigkeit der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde entsprechend dem von der Bauministerkonferenz beschlossenen Muster-Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetz an.

Aufgaben, die über die Muster-Zuständigkeitsregelungen hinausgehen, können von jedem Land einzeln nach Artikel 2 Abs. 6 Nr. 5 übertragen werden. Der Finanzbedarf hierfür wird nach Artikel 11 Abs. 7 durch das Land erstattet, das weitergehende Aufgaben übertragen hat.

Protokollnotiz zu Artikel 2 Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 6

Zu den Beratungs- und Koordinierungsaufgaben (5.) zählen insbesondere

a) die Bereitstellung wissenschaftlichen und technischen Fachwissens,

b) die Vorbereitung der regelmäßigen Aktualisierung des Marktüberwachungsprogramms sowie der Evaluierung der Überwachungstätigkeiten,

c) die Vorbereitung von Risikoprofilen für die Zollbehörden, die Mitteilung von Maßnahmen an den Bund zur Meldung an die Kommission im Rahmen des Schnellinformationssystems der Gemeinschaft (RAPEX) sowie die Entgegennahme von RAPEX-Meldungen anderer Mitgliedstaaten vom Bund,

d) die Mitteilung von Maßnahmen, Einwänden und sonstigen Mitteilungen an den Bund zur Weiterleitung an die Kommission im Rahmen europäischer Unterrichtungs- und Abstimmungsverfahren wie das Schutzklauselverfahren sowie die Vertretung in angeschlossenen Konsultationsverfahren,

e) die Schulung von Mitarbeiter-/innen der Länder.

Aufgaben der europäischen und internationalen Verwaltungszusammenarbeit (6.) beinhalten vor allem

a) die Übermittlung von Informationen an die Kommission im Rahmen des allgemeinen Systems der Gemeinschaft für das Informationsmanagement,

b) die Amtshilfe gegenüber den Marktüberwachungsbehörden anderer Mitgliedstaaten nach Art. 24 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008,

c) die Vertretung in dem europäischen Gremium, in dem die Marktüberwachungsbehörden der Mitgliedstaaten zusammengeschlossen sind,

d) die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen von Drittstaaten.

Artikel 3

Aufgaben im Auftrag des Bundes

(1) Das Institut wirkt nach § 7 Abs. 2 des Bauproduktengesetzes im Auftrag des Bundes in dem Gremium mit, in dem nach der Bauproduktenrichtlinie die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften bestimmten Zulassungsstellen zusammengeschlossen sind.

(2) Im Rahmen der Mitwirkung im Gremium der Zulassungsstellen hat das Institut insbesondere die Aufgabe,

1. an der Erarbeitung von Leitlinien für die europäische technische Zulassung und an den Stellungnahmen der Zulassungsstellen nach Artikel 9 Abs. 2 der Bauproduktenrichtlinie mitzuwirken und
2. Übersetzungen von europäischen technischen Zulassungen, die durch andere Zulassungsstellen nach der Bauproduktenrichtlinie erteilt wurden, anzufertigen oder die technische Richtigkeit vorgelegter Übersetzungen zu bestätigen, diese Zulassungen zu bewerten und dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau nach Gegenstand, wesentlichem Inhalt und Fundstelle mitzuteilen (§ 7 Abs. 3 des Bauproduktengesetzes) sowie Verzeichnisse der erteilten europäischen technischen Zulassungen zu führen.

(3) Im Rahmen der Erledigung der Aufgaben nach Absatz 1 und 2 unterliegt das Institut dem Weisungsrecht des Bundes; das Weisungsrecht wird vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ausgeübt. Das Institut unterrichtet das Bundesministerium laufend über Vorgänge nach Absatz 1.

Artikel 4

Vertretung des Instituts im Gremium der Zulassungsstellen

(1) Das Institut wird in dem Gremium der Zulassungsstellen im Sinne von Artikel 3 Abs. 2 durch die Präsidentin/den Präsidenten vertreten.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 kann das Institut auch durch ein Mitglied des Verwaltungsrates vertreten werden, das der Bund allgemein oder im Einzelfall benennt, wenn

1. es sich um Angelegenheiten handelt, die von integrations- und außenpolitischer Bedeutung sind oder die Belange des Bundes erheblich berühren, und
2. der Bund dies unter Bezeichnung der Angelegenheiten verlangt.

In diesem Fall kann das Mitglied des Verwaltungsrates in dem Gremium die Sprecherfunktion ausüben.

(3) Die Präsidentin/Der Präsident und das Mitglied des Verwaltungsrates können sich vertreten lassen.

(4) Hinsichtlich der Verhandlung und der Abstimmung über Leitlinien für die europäische technische Zulassung nach Artikel 11 der Bauproduktenrichtlinie sowie über die einvernehmliche Stellungnahme zu einer europäischen technischen Zulassung nach Artikel 9 Abs. 2 der Bauproduktenrichtlinie wird der Bund bei der Ausübung seines Weisungsrechts einer mehrheitlich abgegebenen Stellungnahme der Länder entsprechen, soweit landesrechtlich geregelte materielle Anforderungen oder Anforderungen aus dem Aufgabenbereich, die in landeseigener Verwaltung wahrgenommen werden, in der Leitlinie oder der einvernehmlichen Stellungnahme zu berücksichtigen sind, es sei denn, ein Abweichen von der Stellungnahme der Länder ist aus außen- und integrationspolitischen Gründen erforderlich; sind in der Leitlinie oder in einer einvernehmlichen Stellungnahme sowohl Anforderungen des Bundes als auch der Länder zu berücksichtigen, werden sich Bund und Länder um eine einvernehmliche Haltung bemühen. Kommt eine solche nicht zustande, entscheidet der Bund; er hat dabei die Belange der Länder zu berücksichtigen.

Artikel 5

Rechts- und Fachaufsicht

(1) Die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung des Landes Berlin führt die Rechtsaufsicht über das Institut.

(2) Bei der Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 2 Abs. 1, 2, 3, 5 und 6 unterliegt das Institut der Fachaufsicht durch die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung.

(3) Jede oberste Bauaufsichtsbehörde und jede für die Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten zuständige oberste Behörde eines Landes kann die für das Bauwesen zuständige Senatsverwal-

tung um fachaufsichtliche Maßnahmen nach Absatz 2 bitten. Die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung wird der Bitte spätestens nach Ablauf von vier Wochen, im Falle von Aufgaben nach Artikel 2 Abs. 2 und Abs. 6 Nr. 5 in der Regel nach Ablauf von zwei Wochen, nachkommen, es sei denn, dass innerhalb dieser Zeit die Mehrheit der obersten Bauaufsichtsbehörden oder die Mehrheit der für die Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten zuständigen obersten Behörden der Länder der Durchführung fachaufsichtlicher Maßnahmen widerspricht.

(4) Der Bund kann die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung um fachaufsichtliche Maßnahmen nach Absatz 2 hinsichtlich einer dem Vollzug des Bauproduktengesetzes dienenden Entscheidung des Instituts im Einzelfall bitten, die

1. aus außen- und integrationspolitischen Gründen erforderlich ist oder
2. die Erfüllung einer Aufgabe erschweren würde, die in bundeseigener Verwaltung oder im Auftrag des Bundes wahrgenommen wird.

Die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung wird der Bitte spätestens nach Ablauf von vier Wochen nachkommen, es sei denn, dass innerhalb dieser Frist mindestens zwei Drittel aller Länder der Durchführung fachaufsichtlicher Maßnahmen widersprechen. In Fällen des Satzes 1 Nr. 1 dürfen die Länder jedoch nur widersprechen, wenn die dort genannten Voraussetzungen nicht vorliegen; in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 dürfen sie dies nur, wenn wesentliche Belange der Länder berührt sind.

(5) In Angelegenheiten nach Absatz 2 ist für Widerspruchsbescheide abweichend von § 30 Abs. 2 Buchst. a des Gesetzes über die Zuständigkeit in der allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz) in der Fassung vom 22. Juli 1996 (GVBl. S. 302, 472), zuletzt geändert durch Artikel XVIII des Gesetzes vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 199), die Präsidentin/der Präsident zuständig.

Protokollnotiz zu Artikel 5 Abs. 4 Satz 2

In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit hat der Bund das Recht, um eine angemessene Verkürzung der in Artikel 5 Abs. 4 Satz 2 genannten Frist zu bitten. Die Länder werden einer solchen Bitte möglichst entsprechen.

Artikel 6

Organe

Organe des Instituts sind

1. der Verwaltungsrat,
2. die Präsidentin/der Präsident.

Artikel 7

Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten. Er bestimmt die Richtlinien der Tätigkeit des Instituts und überwacht die Präsidentin/den Präsidenten.

(2) Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für folgende Angelegenheiten:

1. Erlass von Satzungen,
2. Berufung der Präsidentin/des Präsidenten und deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreters,
3. Feststellung und Änderung des Haushaltsplanes einschließlich des Stellenplanes und allgemeine Anweisungen für die Ausführung des Haushaltsplanes,
4. Grunderwerb und Baumaßnahmen,
5. Verpflichtungsgeschäfte im Werte von mehr als 50.000 €,
6. Bildung der Ausschüsse für Grundsatzfragen und deren Zusammensetzung nach Ressortbereichen,
7. Zustimmung nach Artikel 2 Abs. 5 Nr. 2, Artikel 9 Abs. 1 Satz 6,
8. Beanstandung, Änderung und Aufhebung von Beschlüssen der Ausschüsse für Grundsatzfragen nach Artikel 9 Abs. 3,
9. Bildung und Besetzung der Sachverständigenausschüsse,
10. Erlass der Dienstanweisung.

Satzungen bedürfen der Genehmigung der für das Bauwesen zuständigen Senatsverwaltung des Landes Berlin.

(3) Der Verwaltungsrat ist oberste Dienstbehörde für die Beamtinnen/Beamten des Instituts. Soweit die Vorschriften des Landesbeamtengesetzes dies zulassen, kann er Befugnisse in Einzelpersonalangelegenheiten auf die Präsidentin/den Präsidenten übertragen. Der Verwaltungsrat ernennt die Beamtinnen/Beamten, soweit er die Ausübung dieser Befugnis nicht der Präsidentin/dem Präsidenten überträgt. Er ist außerdem Dienstbehörde der Präsidentin/des Präsidenten.

(4) Der Verwaltungsrat besteht aus je einer Vertreterin/einem Vertreter der Länder, die/der von dem für die Bauaufsicht zuständigen Ministerium bestellt wird, einer weiteren Vertreterin/einem weiteren Vertreter des Landes Berlin, die/der von der Senatsverwaltung für Finanzen bestellt wird, und sieben Vertreterinnen/Vertretern des Bundes, die jeweils von den Bundesministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, der Finanzen, für Wirtschaft, für Arbeit und Sozialordnung, für Verkehr, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und für Post und Telekommunikation bestellt werden; für jedes Mitglied des Verwaltungsrates ist eine Stellvertreterin/ein Stellvertreter zu bestellen.

(5) Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat eine Stimme. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder, soweit in diesem Abkommen nichts anderes vorgesehen ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Beschlüsse zur Erfüllung der in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Nr. 2 und Abs. 6 Nr. 1 genannten Aufgaben bedürfen einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der Stimmen. Unter den vom Bund bestellten Mitgliedern ist eine Übertragung von Stimmen zulässig; einem Mitglied können jedoch jeweils höchstens die Stimmen für drei andere Mitglieder übertragen werden.

(6) Eine schriftliche Beschlussfassung ist möglich, wenn nicht mehr als drei Mitglieder widersprechen; Absatz 5 gilt entsprechend.

(7) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer von zwei Jahren eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

(8) Der Verwaltungsrat tritt mindestens zweimal jährlich zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern muss er zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten. Die Vorsitzende/Der Vorsitzende beruft die Sitzung ein und leitet sie. Sie/Er stellt die Tagesordnung auf.

Artikel 8

Präsidentin/Präsident

(1) Das Institut wird von der Präsidentin/dem Präsidenten geleitet. Die Präsidentin/Der Präsident vollzieht die Beschlüsse des Verwaltungsrates. Sie/Er regelt im Rahmen der Richtlinien des Verwaltungsrates die Geschäftsverteilung und ist verantwortlich für den ordnungsgemäßen Geschäftsablauf. Die Präsidentin/Der Präsident ist Dienstbehörde der übrigen Beamtinnen/Beamten des Instituts. Sie/Er führt die laufenden Geschäfte des Instituts und vertritt das Institut gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Die Präsidentin/Der Präsident und deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter werden vom Verwaltungsrat mit einer Mehrheit von drei Viertel der Stimmen berufen. Die Präsidentin/Der Präsident wird zur Beamtin/zum Beamten auf Zeit für eine Amtszeit von 12 Jahren ernannt. Die Ernennung bedarf der Zustimmung der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen des Landes Berlin. Spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit der Präsidentin/des Präsidenten muss über die weitere Besetzung der Stelle entschieden sein.

(3) Die Präsidentin/Der Präsident muss die für die Leitung des Instituts erforderliche Eignung und besondere Befähigung auf dem Gebiet der Bautechnik besitzen. Deren/Dessen Stellvertreterin/Stellvertreter oder die Leiterin/der Leiter der Abteilung „Allgemeine Verwaltung“ muss die Befähigung zum Richteramt haben.

(4) Die Präsidentin/Der Präsident nimmt, soweit nicht ein Widerstreit der Interessen vorliegt, an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil. Sie/Er hat den Verwaltungsrat von allen wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten. Sie/Er ist verpflichtet, dem Verwaltungsrat über alle Angelegenheiten des Instituts jederzeit Auskunft zu erteilen.

(5) Näheres über Stellung und Aufgaben der Präsidentin/des Präsidenten und deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreters regelt der Verwaltungsrat.

Protokollnotiz zu Artikel 8 Abs. 3 Satz 2

Bestehende Dienstverhältnisse bleiben von dieser Bestimmung unberührt.

Artikel 9

Ausschüsse für Grundsatzfragen

(1) Beim Institut werden Ausschüsse für Grundsatzfragen gebildet. Jeder Ausschuss besteht aus je einer Vertreterin/einem Vertreter der Länder und bis zu zehn vom Bund benannten Vertreterinnen/Vertretern. Die fachlich betroffenen Ressorts sind angemessen zu beteiligen. Die Vertreterinnen/Vertreter der Länder bedürfen der Bestätigung durch die jeweilige Fachministerkonferenz. Die Obfrau/Der Obmann kann weitere Personen als Gäste hinzuziehen. Die Hinzuziehung ständiger Gäste bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Obfrau/Obmann ist die Präsidentin/der Präsident oder ein(e) von ihr/ihm bestimmte(r) Angehörige(r) des Instituts.

(2) Die Ausschüsse für Grundsatzfragen haben die Aufgabe, das Institut in technischen und rechtlichen Grundsatzfragen zu beraten. Sie beraten auch über die Aufstellung der Listen nach Artikel 2 Abs. 3.

(3) Den Ausschüssen für Grundsatzfragen obliegt die Beschlussfassung über Empfehlungen zu Entwürfen von Leitlinien für europäische technische Zulassungen. Die Präsidentin/Der Präsident unterrichtet den Bund über diese Beschlüsse. Sie/Er darf von ihnen nur mit Zustimmung des Verwaltungsrates abweichen. Der Verwaltungsrat kann die Beschlüsse beanstanden, ändern und aufheben. Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 und Artikel 4 Abs. 4 bleiben unberührt.

(4) Die Ausschüsse für Grundsatzfragen fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt.

Artikel 10

Sachverständigenausschüsse

(1) Beim Institut werden zu dessen technischer Beratung Sachverständigenausschüsse gebildet. Den Sachverständigenausschüssen gehören Sachverständige aus den Behörden der Länder und des Bundes sowie aus den Bereichen der Wissenschaft und Wirtschaft an. Die Vertreterinnen/Vertreter des Bundes werden vom Bund benannt. Das Nähere regelt die Satzung.

(2) Die Präsidentin/Der Präsident beteiligt in der Regel den zuständigen Sachverständigenausschuss bei der Erteilung von europäischen technischen Zulassungen. Das gleiche gilt in den Fällen der einvernehmlichen Stellungnahme der Zulassungsstellen nach Artikel 9 Abs. 2 der Bauproduktenrichtlinie.

Protokollnotiz zu Artikel 10 Abs. 1

Eine Bildung von Sachverständigenausschüssen zur Beratung in Fragen der Marktüberwachung ist nach Art. 10 Abs. 1 Satz 1 möglich.

Protokollnotiz zu Artikel 10 Abs. 2

(1) Von einer Beteiligung soll nur in eng begrenzten Fällen abgesehen werden. Dies kann z. B. angezeigt sein, wenn es sich um den Antrag eines Herstellers auf Erteilung einer europäischen technischen Zulassung handelt, die bereits früher einem anderen Hersteller mit wesentlich gleichem Inhalt erteilt wurde.

(2) Bei Bauprodukten, die dem § 24 der Gewerbeordnung, dem Gerätesicherheitsgesetz sowie der Gefahrstoffverordnung oder sonstigen Vorschriften des technischen Arbeitsschutzes zuzuordnen sind, ist vor Erteilung einer europäischen technischen Zulassung die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) zu beteiligen, wenn dies ein Mitglied eines Sachverständigenausschusses verlangt.

Artikel 11

Finanzierung

(1) Das Institut erhebt nach Maßgabe seiner Satzung Gebühren, Auslagenersatz und Leistungsentgelte.

(2) Der Bund erstattet dem Institut die anderweitig nicht gedeckten Kosten, die diesem durch die Wahrnehmung der in Artikel 3 genannten Aufgaben unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entstehen. Dazu zählen auch die Kosten der Beteiligung der Ausschüsse nach Artikel 9 Abs. 3 und Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 sowie die Aufwendungen, die dem Institut durch mit Zustimmung des Bundes vergebene Gutachten Dritter entstanden sind. Das Nähere regelt eine Vereinbarung, die der Zustimmung der Länderfinanzminister bedarf. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung, längstens bis zum 31. Dezember 1994, zahlt der Bund als Abschlag auf die Kostenerstattung in vierteljährlichen Raten jährlich den Betrag, den er für das Haushaltsjahr 1990 nach Artikel 7 des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für Bautechnik aus dem Jahre 1968 gezahlt hat.

(3) Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und Unterhaltung des Instituts wird zwischen den Ländern aufgeteilt. Die Festsetzung des hierfür notwendigen Betrages bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Finanzministerien der Länder.

(4) Das Anteilsverhältnis unter den Ländern wird zu zwei Drittel nach dem Verhältnis ihrer Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl errechnet. Als Steuereinnahmen gelten die im Länderfinanzausgleich zugrunde gelegten Steuereinnahmen der Länder. Die Steuereinnahmen erhöhen und vermindern sich um die Beträge, welche die Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs von anderen Ländern erhalten oder an andere Länder abführen. Maßgebend sind die Steuereinnahmen und die vom Statistischen Bundesamt für den 30. Juni festgestellte Bevölkerungszahl des dem Rechnungsjahr zwei Jahre vorhergehenden Rechnungsjahres.

(5) Abweichend von Absatz 4 gilt bis zur Herstellung eines das Beitrittsgebiet im Sinne des Artikel 3 des Einigungsvertrages einbeziehenden Länderfinanzausgleichs Folgendes: Nur der durch die neuen Länder und den östlichen Teil Berlins verursachte Zuwendungsbedarf wird von den neuen Ländern und Berlin nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl aufgebracht.

(6) Die Beiträge der Länder werden im Laufe eines jeden Haushaltsjahres in vier Teilbeträgen zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli und zum 1. Oktober nach den Ansätzen des Haushaltsplanes fällig. Über- und Minderzahlungen gegenüber dem sich nach der Jahresrechnung ergebenden Finanzbedarf werden bei dem ersten Teilbetrag des folgenden Haushaltsjahres ausgeglichen.

(7) Abweichend von Absatz 3 wird der Finanzbedarf zur Erledigung von Aufgaben nach Artikel 2 Absatz 6 Nr. 5 unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechend nachgewiesenem Aufwand durch das Land erstattet, das die Aufgabe übertragen hat. Für den Fall, dass alle Länder diese Aufgabe übertragen haben, bleibt es bei der Regelung nach Absatz 3.

Protokollnotiz zu Artikel 11 Abs. 2

Zu den zu erstattenden Kosten zählen insbesondere

1. *Reisekosten,*
2. *Personalkosten anteilig entsprechend dem zeitlichen Aufwand sowie*
3. *ein entsprechender Anteil an den Gemeinkosten des Instituts,*
4. *der Beitrag des Instituts an das Gremium der Zulassungsstellen (EOTA).*

Artikel 12

Haushaltswirtschaft

(1) Das Institut ist in seiner Haushaltswirtschaft selbständig, soweit in diesem Abkommen nichts anderes vorgesehen ist.

(2) Die Haushaltswirtschaft richtet sich nach den im Land Berlin geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften. Der Haushalt ist nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufzustellen und auszuführen.

(3) Die Haushalts und Wirtschaftsführung unterliegt der Prüfung des Rechnungshofes von Berlin und hinsichtlich der Kostenerstattung nach Artikel 11 Abs. 2 der Prüfung des Bundesrechnungshofes. Die Prüfungsberichte sind der Präsidentin/dem Präsidenten, den Mitgliedern des Verwaltungsrates, den Finanzministerien der Länder und dem Bundesministerium der Finanzen zuzuleiten.

Artikel 13

Schiedsklausel

(1) Streitigkeiten aus diesem Abkommen werden durch ein Schiedsgericht entschieden. Es gilt der als Anlage beigefügte Schiedsvertrag.

(2) Vor Anrufung des Schiedsgerichtes sollen sich bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Ländern zunächst die zuständigen Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Verkehr sowie drei Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der zuständigen Landesministerien, die von der ARGEBAU für vier Jahre benannt werden, um eine einvernehmliche Lösung bemühen. Können sich die Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter mehrheitlich nicht einigen, sollen sich die Staatssekretärinnen/Staatssekretäre der genannten Ministerien um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

(3) Eine von den Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleitern oder den Staatssekretärinnen/Staatssekretären mehrheitlich getroffene Entscheidung gilt als verbindliche Auslegung dieses Abkommens.

Artikel 14

Vertragsdauer

(1) Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Zeit. Es kann von jedem Beteiligten durch schriftliche Erklärung gegenüber der für das Bauwesen zuständigen

Senatsverwaltung des Landes Berlin unter gleichzeitiger Benachrichtigung der übrigen Beteiligten zum Schluss des Kalenderjahres mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden, erstmals zum 31. Dezember 1994.

(2) Der kündigende Beteiligte bleibt verpflichtet, zu dem Finanzbedarf des Instituts so lange und insoweit beizutragen, als der Finanzbedarf infolge seiner Beteiligung erforderlich geworden ist. Eine Auseinandersetzung über das dem Institut dienende Vermögen findet nicht statt.

(3) Ist das Abkommen von mehr als zwei Drittel der Beteiligten gekündigt worden, so ist das Institut aufzulösen. Die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung führt die Abwicklung durch. Die Beteiligten sind verpflichtet, dem Land Berlin alle durch die Abwicklung entstehenden Kosten anteilig zu erstatten, soweit das Vermögen des Instituts zur Abdeckung nicht ausreicht. Nach der Abwicklung verbleibendes Vermögen wird anteilig unter den Beteiligten aufgeteilt, soweit nicht etwas anderes vereinbart wird. Maßgebend für die Errechnung der Anteile ist das Verhältnis der Finanzierungsbeträge nach Artikel 11 im Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor dem Ende des Abkommens.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt am 1. Januar des Jahres in Kraft, das dem Jahr folgt, in dem die letzte der von den Beteiligten ausgefertigten Vertragsurkunden der Senatsverwaltung für Bau und Wohnungswesen des Landes Berlin zugeht.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für Bautechnik aus dem Jahre 1968, ausgenommen dessen Artikel 2, außer Kraft. Artikel 2 des Abkommens von 1968 gilt neben Artikel 2 dieses Abkommens bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle Länder ihre Bauordnung der Bauproduktenrichtlinie angepasst haben.

Protokollnotiz zu Artikel 15 Abs. 1

Die Beteiligten stimmen darüber überein, dass bereits mit Inkrafttreten des Bauproduktengesetzes nach den Bestimmungen der Artikel 2 Abs. 5 Nr. 2, Artikel 3, 4 und 5 Abs. 4, Artikel 9 Abs. 3, Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 und ab dem 1. Januar 1993 nach Artikel 11 Abs. 1 und 2 verfahren wird. Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Abkommens mit Wirkung vom 1. Januar 1993 (GVBl. S. 195). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsabkommen.

Anlage zu Artikel 13 des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Schiedsvertrag über die Regelung von Streitigkeiten aus dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Land Baden-Württemberg,

der Freistaat Bayern,

das Land Berlin,

das Land Brandenburg,

die Freie Hansestadt Bremen,

die Freie und Hansestadt Hamburg,

das Land Hessen,

das Land Mecklenburg-Vorpommern,

das Land Niedersachsen,

das Land Nordrhein-Westfalen,

das Land Rheinland-Pfalz,

das Saarland,

der Freistaat Sachsen,

das Land Sachsen-Anhalt,

das Land Schleswig-Holstein,

das Land Thüringen

schließen folgenden Schiedsvertrag:

Artikel I

Alle sich aus dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik ergebenden Rechtsstreitigkeiten werden der Entscheidung eines Schiedsgerichts unterworfen.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften des 10. Buches der Zivilprozessordnung Anwendung.

Artikel II

Das Schiedsgericht besteht aus der Präsidentin/dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin als Vorsitzende/Vorsitzendem und aus zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates des Deutschen Instituts für Bautechnik, die von den streitenden Beteiligten gemeinsam benannt werden, ihnen jedoch nicht angehören dürfen. Für den Fall, dass wegen der Streitlage eine solche Benennung nicht möglich ist, bestimmt die Vorsitzende/der Vorsitzende zwei Mitglieder aus dem Kreis der ehrenamtlichen Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts. Ihre/Seine Bestimmung ist endgültig.

Lehnt die Präsidentin/der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Berlin die Übernahme des Vorsitzes ab, bestimmt die Präsidentin/der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts die Vorsitzende/den Vorsitzenden.

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes, des Bremischen Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Deputationen

Vom 31. Januar 2012

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Das Bremische Abgeordnetengesetz vom 16. Oktober 1978 (Brem.GBl. S. 209 – 1100-a-3), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2010 (Brem.GBl. S. 277; 2011 S.415) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Satz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
      „3. je Fraktion der oder die Fraktionsvorsitzende 150 vom Hundert sowie bei Fraktionen mit bis zu zehn Mitgliedern bis zu eine stellvertretende Fraktionsvorsitzende oder ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender 75 vom Hundert und bei Fraktionen mit mehr als zehn Mitgliedern bis zu zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende 75 vom Hundert der Entschädigung gemäß Absatz 1.“
      bb) Die Wörter
      „4. je Fraktion mit zwei Fraktionsvorsitzenden die Fraktionsvorsitzenden 112,5 vom Hundert sowie bis zu eine stellvertretende Fraktionsvorsitzende oder ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender 75 vom Hundert der Entschädigung gemäß Absatz 1.“
      werden gestrichen.
   b) In Absatz 3 werden die Wörter „vom 1. Januar 1995 an jeweils um ein Dreihundertfünfundsechzigstel“ durch die Wörter „um 6,99 Euro; für die Anpassung dieses Betrages gilt § 6 entsprechend“ ersetzt.
2. In § 20 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „den Zuschuss“ durch die Wörter „die Leistungen“ ersetzt.
3. § 28 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 1 Nummer 8 werden nach dem Wort „Organen“ die Wörter „oder funktionsgleichen Einrichtungen“ eingefügt.
      bb) In Satz 2 werden die Wörter „; ein Anspruch auf amtsangemessene oder gleichwertige Beschäftigung besteht insoweit nicht“ gestrichen.
      cc) Folgender Satz 3 wird angefügt:
      „Sie erhalten die entsprechend der Teilzeitbeschäftigung verringerten Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes; ein Anspruch auf amtsangemessene oder gleichwertige Beschäftigung besteht insoweit nicht.“
   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 6 werden die Wörter „Sätze 1 bis 6“ durch die Wörter „Sätze 1 bis 5“ ersetzt.
      bb) Es wird folgender Satz 7 angefügt:
      „Das Ruhen der Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis steht einer Umsetzung, Abordnung, Zuweisung oder Versetzung nicht entgegen.“
   c) Folgender Absatz 6 wird angefügt:
      „Wird ein Mitglied der Bürgerschaft in eine der in Absatz 1 Satz 1 genannten Funktionen berufen, scheidet es aus der Bürgerschaft aus; die Feststellung trifft die Präsidentin oder der Präsident.“
4. Dem § 29 wird folgender Satz 3 angefügt:
   „Für Beschäftigte, die sich in einem Ausbildungsverhältnis befinden, gilt Satz 1 nicht und Satz 2 Halbsatz 2 mit der Maßgabe, dass auf Antrag eine Teilzeitbeschäftigung mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit gewährt wird.“

Artikel 2

Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

In § 34 Absatz 3 Nummer 1 des Bremisches Wahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 1990 (Brem.GBl. S. 321 – 111-a-l), das zuletzt durch das Gesetz vom 16. November 2010 (Brem.GBl. S. 565) geändert worden ist, wird die Angabe „1, 2 und 6“ durch die Angabe „1 und 2“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Gesetzes über die Deputationen

In § 5 des Gesetzes über die Deputationen vom 30. Juni 2011 (Brem.GBl. S. 383) werden vor den Wörtern „und § 46 b des Bremischen Abgeordnetengesetzes“ die Wörter „sowie § 10“ eingefügt.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a tritt mit Beginn der 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft in Kraft. Insoweit ist der Tag des Inkrafttretens im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu geben.

(2) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Bremen, den 31. Januar 2012

Der Senat

Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher Entwässerungsregelungen

Vom 31. Januar 2012

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Stadtbürgerschaft beschlossene Ortsgesetz:

Artikel 1

Änderung des Entwässerungsortsgesetzes

Das Entwässerungsortsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 2002 (Brem.GBl. S. 289 – 2130-f-1), das zuletzt durch Artikel 2 des Ortsgesetzes vom 14. Dezember 2010 (Brem.GBl. S. 661) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgendes Inhaltsverzeichnis vorangestellt:

„Inhaltsverzeichnis

§ 1 Geltungsbereich, Allgemeines
§ 2 Begriffsbestimmungen
§ 3 Überlassungspflicht
§ 4 Kanalanschlusspflicht
§ 5 Kanalanschlusspflichtige
§ 6 Nicht kanalanschlusspflichtige Grundstücke
§ 6a Abwasserbeseitigung in Kleingärten sowie in Wochenend- und Ferienhausgebieten
§ 7 Einleitung häuslichen Schmutzwassers
§ 8 Einleitung nichthäuslichen Schmutzwassers – Erlaubnispflicht
§ 8a Anforderungen an die Einleitung nichthäuslichen Schmutzwassers – Grundsatz
§ 8b Allgemeine Anforderungen
§ 8c Allgemeine Grenzwerte, Analysen- und Messverfahren
§ 8d Anforderungen an Einleitungen aus Herkunftsbereichen der Abwasserverordnung
§ 8e Abweichende Festsetzungen
§ 9 Einleitung von Niederschlags-, Grund-, Quell- und Drainagewasser
§ 10 Überwachung
§ 11 Anschlusskanäle
§ 12 Grundstücksentwässerungsanlagen
§ 12a Entwässerungsbaugenehmigung und Entwässerungsanzeige
§ 12b Entwässerungsbaugenehmigungsverfahren
§ 12c Bauabnahme
§ 12d Anwendung der Bremischen Landesbauordnung
§ 13 Schmutzwassersammelgruben und Kleinkläranlagen
§ 14 Abscheider
§ 15 Haftung
§ 16 Behörden
§ 17 Ordnungswidrigkeiten
§ 18 Datenerhebung und -verarbeitung
§ 18a Normen des Deutschen Instituts für Normung e.V. (DIN-Normen)
§ 19 Übergangsvorschriften
§ 20 (Inkrafttreten)“

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Herstellung, Änderung, Instandhaltung“ durch die Wörter „Errichtung, Änderung, Betrieb, Unterhaltung“ und das Wort „Gemeinde“ durch die Wörter „Stadtgemeinde Bremen“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort „Herstellung“ durch das Wort „Errichtung“ ersetzt.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Soweit die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadtgemeinde Bremen obliegt, entsteht die Kanalanschlusspflicht,“ durch die Wörter „Die Kanalanschlusspflicht entsteht,“ ersetzt.

b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Herstellung“ durch das Wort „Errichtung“ ersetzt.

c) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Zur Beseitigung von Niederschlagswasser ist ein Grundstück an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen, wenn nach Feststellung der für die Abwasserbeseitigung zuständigen Behörde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde eine dezentrale Beseitigung gemäß § 44 Absatz 1 des Bremischen Wassergesetzes nicht zweckmäßig, nicht zumutbar oder unzulässig ist. Im Übrigen ist der Anschluss zu diesem Zweck nur zulässig, wenn das Niederschlagswasser über eine Kanalisation ohne Vermischung mit dem Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet wird.“

d) In Absatz 6 Satz 1 wird die Angabe „§132 a des Bremischen Wassergesetzes“ durch die Angabe „§ 44 des Bremischen Wassergesetzes“ ersetzt.

4. § 6 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Eigentümer oder der durch ihn zur Nutzung Berechtigte eines nicht der Kanalanschlusspflicht unterliegenden Grundstücks, auf dem Abwasser anfällt, hat das anfallende Schmutzwasser in einer wasserdichten Grube oder einem wasserdichten Behälter zu sammeln (Schmutzwassersammelgrube).“

5. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Abwasserbeseitigung in Kleingärten sowie in Wochenend- und Ferienhausgebieten

(1) Wird auf einem Gartengrundstück,

1. das dem Nutzer zur nichterwerbsmäßigen, gärtnerischen Nutzung, insbesondere zur Gewinnung von Gartenbauerzeugnissen für den Eigenbedarf, und zur Erholung dient und
2. das in einer Anlage liegt, in der mehrere Einzelgärten mit gemeinschaftlichen Einrichtungen, zum Beispiel, Wegen, Spielflächen und Vereinshäusern, zusammengefasst ist,

Wasser direkt oder indirekt aus der öffentlichen Wasserversorgung bezogen, ist der Nutzungsberechtigte des Grundstücks zur Abwasserbeseiti-

gung nach den Absätzen 2 bis 5 verpflichtet, wenn sich in den Gebäuden, wie Lauben oder Nebengebäuden an die Wasserversorgung angeschlossene Anlagen oder Geräte befinden, deren regelmäßige Benutzung einen nicht unerheblichen Anfall von Abwasser erwarten lässt. Sofern die Abwasserbeseitigung von diesen Grundstücken nicht nach den Regelungen der Absätze 2 bis 5 durchgeführt werden kann, insbesondere wegen der Lage oder der Beschaffenheit des Grundstücks oder der vorhandenen Zuwegungsbeschaffenheit, darf es auf dem Grundstück nicht zu einem Anfall von Abwasser kommen.

(2) Die Grundstücke nach Absatz 1 Satz 1 unterliegen nicht der Kanalanschlusspflicht nach § 4 Absatz 1 Satz 1. Das Abwasser ist gemäß § 6 Absatz 1 in einer Schmutzwassersammelgrube zu sammeln. Abweichend von § 3 Absatz 1 ist das Abwasser einem zertifizierten Entsorgungsfachbetrieb zur Abholung zu überlassen und durch diesen an einer Übergabestelle den öffentlichen Abwasseranlagen entsprechend den geltenden Nutzungsbedingungen zuzuführen. Die Entleerung ist rechtzeitig vor Füllung der Schmutzwassersammelgrube zu veranlassen. Übergabestellen sind in Anlage 1 bestimmt. Die Wasserbehörde erlässt Nutzungsbedingungen für die Übergabestellen, die ortsüblich bekannt gemacht werden.

(3) Als Schmutzwassersammelgruben zugelassen sind ausschließlich dichte monolithische Abwassersammelbehälter mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung des Deutschen Instituts für Bautechnik. Der Abwassersammelbehälter ist so zu bemessen, dass er den Abwasseranfall eines Monats aufnehmen kann, muss für jedes Grundstück jedoch mindestens eineinhalb Kubikmeter nutzbares Fassungsvermögen haben. Andere öffentlich-rechtliche Vorschriften bleiben unberührt. § 12c Absatz 6 findet keine Anwendung.

(4) Die Errichtung, Änderung oder Beseitigung der Abwassersammelbehälter auf diesen Grundstücken ist spätestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme der Wasserbehörde schriftlich anzuzeigen. Bei Errichtung oder Änderung der Abwassersammelbehälter ist der Anzeige eine Typenbeschreibung des Abwassersammelbehälters mit Zulassungsnummer des Deutschen Instituts für Bautechnik sowie ein Lageplan oder eine Skizze des Grundstücks mit Grubenstandort und Leitungsverlauf beizufügen. § 12a Absatz 2 findet keine Anwendung.

(5) Der Nutzungsberechtigte hat Nachweise über die ordnungsgemäße Entsorgung des Abwassers für einen Zeitraum von drei Jahren vorzuhalten und diese auf Verlangen der Wasserbehörde vorzulegen.

(6) Die Regelungen der Absätze 1 bis 5 gelten nicht auf den in Absatz 1 Satz 1 genannten Gartengrundstücken, die bauaufsichtlich geduldet zu Wohnzwecken genutzt werden oder auf Grundstücken im übrigen Außenbereich, die bauaufsichtlich geduldet zu Wohnzwecken genutzt werden.

(7) Wird auf einem planungsrechtlich als Wochenend- oder Ferienhausgebiet festgesetzten Grundstück oder einem Grundstück mit genehmigten Wochenend- oder Ferienhäusern Wasser direkt oder indirekt aus der öffentlichen Wasserversorgung bezogen und entsteht für dieses Grundstück keine Kanalanschlusspflicht nach § 4 Absatz 1, ist der Nutzungsberechtigte des Grundstücks zur Abwasserbeseitigung nach Absatz 2 Satz 2 bis 4, Absatz 3 bis 5 entsprechend verpflichtet.

(8) Die Regelungen der Absätze 2 bis 5 und 7 gelten nicht für Grundstücke mit gemeinschaftlich genutzten baulichen Anlagen wie insbesondere Vereinshäusern."

6. § 8 Absatz 5 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

   b) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 7 eingefügt:

      „7. Stoffe aus Verarbeitungsbetrieben tierischer Nebenprodukte und Schlachtabwässer aus Schlachthöfen nach Artikel 4 bis 6 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (ABl. L 273 vom 10. Oktober 2002, S. 1, L 30 vom 3. Februar 2007, S. 3), sofern nicht ein Feststoffrückhaltesystem mit einer maximalen Maschenweite von 2 mm genutzt wird."

7. In § 8b Absatz 7 Nummer 7 werden die Wörter „der Anlage" durch die Angabe „Anlage 2" ersetzt.

8. In § 8d Satz 2 wird die Angabe „§ 31a Abs. 1 bis 3 und die §§ 31b bis 31e Bremischen Wassergesetzes gelten" durch die Angabe „§ 9 des Bremischen Wassergesetzes gilt" ersetzt.

9. § 9 wird wie folgt geändert:

   a) In der Überschrift wird das Wort „Dränagewasser" durch das Wort „Drainagewasser" ersetzt.

   b) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Soweit Niederschlagswasser nicht nach § 132a des Bremischen Wassergesetzes zu beseitigen ist," durch die Wörter „Soweit für Niederschlagswasser ein Anschluss nach § 4 Absatz 5 an die öffentlichen Abwasseranlagen zulässig ist," ersetzt.

10. § 10 wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

       aa) Die Wörter „sowie an die Herstellung, Änderung, Instandhaltung, Beseitigung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen gestellten Anforderungen." werden durch die Wörter „sowie an die Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung, Änderung und die Beseitigung der Grundstücksentwässerungsanlagen gestellten Anforderungen." ersetzt.

bb) Folgender Satz 2 wird angefügt:

„Abweichend von Satz 1 überwacht die Wasserbehörde die an die Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung, die Änderung und die Beseitigung der Grundstücksentwässerungsanlagen gestellten Anforderungen im Falle der Abwasserbeseitigung nach § 6a Absatz 1 bis 5 sowie 7 und 8.“

b) In Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter „Herstellung, Änderung, Instandhaltung, Beseitigung oder Benutzung“ durch die Wörter „Errichtung, Betrieb, Unterhaltung, Änderung oder Beseitigung“ ersetzt.

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „Herstellung, Änderung, Instandhaltung, Beseitigung und Benutzung“ werden durch die Wörter „Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung, Änderung und Beseitigung“ ersetzt.

bb) Folgender Satz 2 wird angefügt

„Abweichend von Satz 1 ist im Falle der Abwasserbeseitigung nach § 6a Absatz 1 bis 5 sowie 7 und 8 die Wasserbehörde für den Erlass von Anordnungen zur Durchsetzung der Verpflichtungen für die Errichtung, Änderung, Unterhaltung, Beseitigung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen zuständig.“

11. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Grundstücksentwässerungsanlagen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, zu ändern und zu beseitigen, soweit nicht im Folgenden besondere Anforderungen gestellt werden.“

b) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

c) In Absatz 2 Satz 2 werden den Wörtern „Regeln der Technik“ die Wörter „allgemein anerkannten“ vorangestellt.

12. In § 12a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 wird jeweils das Wort „Herstellung“ durch das Wort „Errichtung“ ersetzt.

13. § 12c wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Fachbetrieb ist, wer die Anforderungen nach § 3 Absatz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen an einen Fachbetrieb sinngemäß erfüllt.“

b) In Absatz 6 Satz 7 wird das Wort „Herstellung“ durch das Wort „Errichtung“ ersetzt.

14. In § 12d wird das Wort „Herstellung“ durch das Wort „Errichtung“ ersetzt.

15. § 13 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Vor Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Das nutzbare Fassungsvermögen von Schmutzwassersammelgruben ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu berechnen.“

b) In Satz 2 werden die Wörter „sechs Kubikmeter“ durch die Wörter „acht Kubikmeter“ ersetzt.

16. § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Behörden

Die für die Abwasserbeseitigung zuständige Behörde im Sinne dieses Ortsgesetzes ist der Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist zuständig für die Beleihung Dritter aufgrund von § 46 des Bremischen Wassergesetzes. Soweit Dritte mit der Wahrnehmung von Aufgaben aufgrund von § 46 des Bremischen Wassergesetzes beliehen sind, ist der Beliehene zuständige Behörde im Sinne dieses Ortsgesetzes.“

17. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe „§ 171 Abs. 2a des Bremischen Wassergesetzes“ wird durch die Angabe „§103 Absatz 2 Nummer 4 des Bremischen Wassergesetzes“ ersetzt.

b) In Nummer 4 wird das Wort „Grube“ durch das Wort „Schmutzwassersammelgrube“ ersetzt.

c) Nach Nummer 4 werden folgende Nummern 4a) bis 4g) eingefügt:

„4a) entgegen § 6a Absatz 2 Satz 2 das Abwasser nicht in einer Schmutzwassersammelgrube sammelt,

4b) entgegen § 6a Absatz 2 Satz 3 das Abwasser keinem zertifizierten Entsorgungsfachbetrieb zur Abholung überlässt,

4c) entgegen § 6a Absatz 2 Satz 3 das Abwasser nicht den öffentlichen Abwasseranlagen der Stadtgemeinde Bremen oder den öffentlichen Abwasseranlagen nicht an einer von der Stadtgemeinde Bremen bestimmten Übergabestellen zuführt,

4d) entgegen § 6a Absatz 2 Satz 4 die Entleerung der Schmutzwassersammelgrube nicht rechtzeitig vor Füllung veranlasst,

4e) das Abwasser in einer Schmutzwassersammelgrube sammelt, die den Vorgaben des § 6a Absatz 3 nicht entspricht,

4f) entgegen § 6a Absatz 4 die Errichtung, Änderung oder Beseitigung einer Schmutzwassersammelgrube der Wasserbehörde nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,

4g) entgegen § 6a Absatz 5 die ordnungsgemäße Entsorgung des Abwassers nicht nachweisen kann,“.

d) In Nummer 9 wird das Wort „herstellt“ durch das Wort „errichtet“ ersetzt.

18. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird in Nummer 4 der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.

b) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. über die nach § 6a angelieferte Abwassermenge aus Schmutzwassersammelgruben.“

c) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Die Wasserbehörde führt Register über die Errichtung, den Betrieb, die Unterhaltung, die Entleerung und die Beseitigung von Schmutzwassersammelgruben im Rahmen der Abwasserbeseitigung nach § 6a.“

d) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach dem Wort „Register“ werden die Wörter „nach Absatz 1 und 1a“ eingefügt.

bb) Nach dem Wort „Schlammfängen“ werden die Wörter „, der Entgegennahme von häuslichem Schmutzwasser nach § 6a“ eingefügt.

e) In Absatz 3 Nummer 1 werden nach der Angabe „Personen,“ die Wörter „Firmenanschriften der zertifizierten Entsorgungsfachbetriebe im Rahmen der Abwasserbeseitigung nach § 6a,“ angefügt.

f) In Absatz 5 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Soweit für den Vollzug des § 6a erforderlich, findet ein Abgleich zwischen den Daten der Wasserbehörde und der für die Abwasserbeseitigung zuständigen Behörde statt.“

19. Dem § 19 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) § 6a Absatz 7 findet für am 1. März 2012 rechtmäßig als Wochenend- oder Ferienhausgrundstück genutzte Grundstücke erst ab dem 1. März 2013 Anwendung.

(5) § 8 Absatz 5 Nummer 7 findet erst ab dem 1. Januar 2014 Anwendung.“

20. Nach § 20 wird folgende Anlage 1 eingefügt:

„Anlage 1
(zu § 6a Absatz 2)

Übergabestellen für Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben gemäß § 6a Absatz 2

Übergabestellen für Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben gemäß § 6a Absatz 2 sind:

a) Kläranlage Bremen-Farge, Alte Straße 24-26, 28777 Bremen,

b) Kläranlage Bremen-Seehausen, Seehauser Landstraße 99, 28197 Bremen,

c) Betriebshof Pumpwerk Findorff, Salzburger Straße, 28219 Bremen.“

21. In dem Anhang wird die Angabe „Anhang (zu § 8c Abs. 1 Allgemeine Grenzwerte)“ durch die Angabe

„Anlage 2
(zu § 8c Absatz 1)

Allgemeine Grenzwerte“

ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes

Das Entwässerungsgebührenortsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2011 (Brem.GBl. S. 17, 78 – 2130-f-5) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgendes Inhaltsverzeichnis vorangestellt:

„Inhaltsverzeichnis

§ 1 Grundsatz, Begriffsbestimmungen
§ 2 Gebührenpflicht
§ 3 Bemessungsgrundlage der Abwassergebühr
§ 3a Gebühr für die Entwässerung von Grundstücken mit Schmutzwassersammelgruben
§ 4 Grundlagen für die Festsetzung der Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr
§ 5 Bemessungsgrundlage für die Schmutzwassergebühr
§ 6 Bemessungsgrundlage für die Niederschlagswassergebühr
§ 7 Erstattung von Entwässerungsgebühren für nicht eingeleitete Wassermengen
§ 8 Gebührensätze
§ 9 Erhebung durch einen Wasserversorgungsbetrieb
§ 10 Berechnungszeitraum und Fälligkeit
§ 11 Gebührenschuldner
§ 12 Auskunfts- und Mitwirkungspflichten
§ 13 Behörden
§ 14 (Inkrafttreten)“

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Schmutzwassersammelgruben“ die Wörter „sowie für die Annahme von Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben gemäß § 6a Absatz 2 und 7 des Entwässerungsortsgesetzes“ eingefügt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. die Leerung der Schmutzwassersammelgruben gemäß § 6 Absatz 3 des Entwässerungsortsgesetzes sowie“

bb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. die Annahme von Abwasser aus Abwassersammelbehältern gemäß § 6a Absatz 2 und 7 des Entwässerungsortsgesetzes.“

3. § 3 Absatz 6 wird aufgehoben.

4. Nach § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

„§ 3a

Gebühr für die Entwässerung von Grundstücken mit Schmutzwassersammelgruben

(1) Für die Bemessung der Gebühr für die Leerung der Schmutzwassersammelgruben ist § 3 Absatz 1 bis 4 entsprechend anzuwenden.

(2) Die Gebühr für die Annahme von Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben gemäß § 6a Absatz 2 und 7 des Entwässerungsortsgesetzes bemisst sich nach der an der Übergabestelle angelieferten Abwassermenge. Berechnungseinheit ist der Kubikmeter Abwasser.“

5. § 8 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird das Wort „Dränwasser“ durch das Wort „Drainagewasser“ ersetzt.

b) In Nummer 4 werden nach dem Wort „Schmutzwassersammelgruben“ die Wörter „gemäß § 6 Absatz 3 des Entwässerungsortsgesetzes“ angefügt.

c) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 angefügt:

„5. Gebühr für die Annahme von Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben gemäß § 6a Absatz 2 und 7 des Entwässerungsortsgesetzes 2,31 Euro/m^3“

6. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „, insbesondere Kleingartenvereinen,“ gestrichen.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Abweichend von Absatz 1 ist Gebührenschuldner im Falle der Abwasserbeseitigung nach § 6a Absatz 2 und 7 des Entwässerungsortsgesetzes der Unternehmer, der das Abwasser an einer Übergabestelle der öffentlichen Abwasserbeseitigung übergibt.“

7. Die Überschrift des § 14 wird wie folgt gefasst:

„§ 14

Inkrafttreten“.

Artikel 3

Neufassung des Entwässerungsortsgesetzes und des Entwässerungsgebührenortsgesetzes

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kann den Wortlaut des Entwässerungsortsgesetzes und des Entwässerungsgebührenortsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Ortsgesetzes an geltenden Fassung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt machen.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Ortsgesetz tritt am 1. März 2012 in Kraft.

Bremen, den 31. Januar 2012

Der Senat

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen

Vom 31. Januar 2012

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Stadtbürgerschaft beschlossene Ortsgesetz:

Artikel 1

Das Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen vom 27. April 2010 (Brem.GBl. S. 325) wird wie folgt geändert.

In § 6 Absatz 1 wird ein neuer Satz 2 eingefügt:

„Die für den Verwaltungszweig zuständige Deputation nimmt die Funktion des Sondervermögensausschusses wahr.“

Artikel 2

Dieses Ortsgesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Bremen, den 31. Januar 2012

Der Senat

Verordnung zur Übertragung der Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und der ehrenamtlichen Richter im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit

Vom 26. Januar 2012

Aufgrund des § 20 Absatz 1 Satz 1 auch in Verbindung mit § 37 Absatz 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Nummer 12 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen aus dem Bereich der Rechtspflege vom 5. Dezember 2006 (Brem.GBl. S. 485 – 3-a-1), die zuletzt durch die Verordnung vom 1. November 2011 (Brem.GBl. S. 435) geändert worden ist, wird verordnet:

§ 1

Die Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und der ehrenamtlichen Richter nach § 20 Absatz 1 Satz 1 auch in Verbindung mit § 37 Absatz 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes wird auf die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts übertragen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2012 in Kraft.

Bremen, den 26. Januar 2012

Der Senator für
Justiz und Verfassung

Bekanntmachung über die Änderung von Zuständigkeiten

Vom 24. Januar 2012

Nach § 7 des Bremischen Rechtsbereinigungsgesetzes vom 12. Mai 1964 (Brem.GBl. S. 53 – 114-b-1) gibt der Senat bekannt:

1. Der Senat hat durch Beschlüsse vom 5. Juli 2011 (Brem.ABl. S. 951) und 13. Dezember 2011 (Brem.ABl. S. 1625) seine Geschäftsverteilung geändert.
2. Damit sind am 5. Juli 2011 und 13. Dezember 2011 übergegangen:

2.1 die in den Rechtsvorschriften der Anlage 1 festgelegten Zuständigkeiten auf die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit;

2.2 die in den Rechtsvorschriften der Anlage 2 festgelegten Zuständigkeiten auf die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen;

2.3 die in den Rechtsvorschriften der Anlage 3 festgelegten Zuständigkeiten auf den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr;

2.4 die in den Rechtsvorschriften der Anlage 4 festgelegten Zuständigkeiten auf den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen;

2.5 die in der Anlage 5 festgelegten Zuständigkeiten auf die Senatskommissarin für den Datenschutz.

Bremen, den 24. Januar 2012

Der Senat

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
Bereich Bildung Wissenschaft			
203-c-4	Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung	v. 16. 8. 2002 (Brem.GBl. S. 393)	Inhaltsverzeichnis - § 3 Überschrift und Text
2040-a-1	Bremisches Beamtengesetz	v. 22. 12. 2009 (Brem.GBl. 2010 S. 17)	§ 122 Absatz 2
2040-a-7	Bremische Urlaubsverordnung	idF der Bek. v. 27. 6. 1979 (Brem.GBl. S. 337)	§ 14 Satz 4
2040-c-1	Anordnung des Senats zur Übertragung von dienstrechtlichen Befugnissen	v. 3. 8. 2010 (Brem.GBl. S. 442)	Artikel 3 Absatz 3, 5
2040-d-2	Feuerwehrlaufbahnverordnung	idF der Bek. v. 1. 12. 2006 (Brem.GBl. S. 487)	§ 3 Absatz 1 Nummer 2
2040-d-3	Polizeilaufbahnverordnung	v. 11. 9. 2001 (Brem.GBl. S. 317)	§ 6 Absatz 1 Nummer 2
2040-i-1	Verordnung über den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter an öffentlichen Schulen	v. 19. 8. 2008 (Brem.GBl. S. 277)	§ 2 Absatz 2 Nummer 1, § 5
2040-i-2	Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetz	v. 21. 2. 1977 (Brem.GBl. S. 111)	§ 7
2040-k-2	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst	v. 9. 7. 1984 (Brem.GBl. S. 199)	§ 10 Absatz 1
2040-k-10	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Bibliotheksdienst im Lande Bremen	v. 29. 11. 1982 (Brem.ABl. S. 573)	§ 3 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 2
2040-k-14	Bremische EG-Diplomanerkennungsverordnung	v. 6. 2. 2006 (Brem.GBl. S. 57)	§ 27 Absatz 1 Satz 1, § 31 Absatz 1, 2 Nummer 1, Absatz 3, 4, 5, § 36 Absatz 4, § 39 Absatz 2 Satz 3, § 40 Absatz 2, § 43, Absatz 3
2040-l-1	Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetz	v. 17. 6. 1997 (Brem.GBl. S. 218)	§ 1a Satz 2, § 1 b Satz 3, § 6a Satz 3, § 12 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 14, § 16 Satz 1

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2040-l-3	Verordnung über die Ermäßigung der Unterrichtsverpflichtung und die Anrechnung bestimmter Aufgaben auf die Unterrichtsverpflichtung	v. 21. 6. 1982 (Brem.GBl. S. 179)	§ 2a Satz 1, § 3 Absatz 2, § 7 Absatz 6
2040-l-5	Verordnung über die Festlegung und Zweckbestimmung verbindlicher Arbeitstage in den Ferien	v. 25. 6. 2002 (Brem.GBl. S. 306)	§ 1 Absatz 2
2040-m-1	Lehrverpflichtungs- und Lehrnachweisverordnung	v. 14. 5. 2004 (Brem.GBl. S. 441)	§ 2 Absatz 2 Satz 1, Absatz 5 Satz 3; § 7 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, Satz 3, Absatz 4 Satz 3 und Absatz 5
2040-m-3	Verordnung zum Nachweis der Erfüllung der Lehrverpflichtung der Lehrenden an der Hochschule für öffentliche Verwaltung	v. 23. 10. 1984 (Brem.GBl. S. 248)	§ 1 Satz 1
2042-a-2	Bremisches Besoldungsgesetz	idFder Bek. v. 22. 4. 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179)	Anlage Allgemeine Vorbemerkungen III Zulagen, Nummer 10 (Überschrift und Text)
2042-a-6	Hochschul-Leistungsbezügeverordnung	v. 1. 7. 2003 (Brem.GBl. S. 285)	§ 2 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 und 2; § 4 Absatz 8 Satz 3; § 5 Absatz 3 Satz 3; § 7 Satz 2; § 8 Absatz 1 Satz 1, 2 und 6
206-e-1	Bremisches Schuldatenschutzgesetz	v. 27. 2. 2007 (Brem.GBl. S. 182)	Inhaltsverzeichnis: § 6, Teil 2, § 1 Absatz 2 Satz 2, § 2 Absatz 2, § 5 Absatz 2 Satz 3, § 6 Überschrift und Text, § 10 Absatz 3, Überschrift Teil 2, § 11 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3, § 12 Absatz 1, § 13 Absatz 1, 6 § 19 Absatz 2
210-a-3	Verordnung zur Durchführung des Meldegesetzes, insbesondere zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen der Meldebehörden	idF der Bek. v. 9. 6. 1990 (Brem.GBl. S. 175)	§ 10 Absatz 1 und 2
2127-g-1	Bremisches Nichtraucherschutzgesetz	v. 18. 12. 2007 (Brem.GBl. S. 515)	§ 6 Absatz 3 Satz 2
2160-d-12	Verordnung über den berufsbegleitenden Bildungsgang zur Kinderpflegerin und zum Kinderpfleger sowie zur Sozialassistentin und zum Sozialassistenten	v. 17. 12. 2004 (Brem.GBl. 2005 S. 1)	§ 3 Absatz 2, § 5 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3, § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Absatz 1 Satz 2, Absatz 5 Satz 1, § 17 Absatz 1 Satz 1 und 3, § 21 Absatz 4 Satz 3 und § 22 Absatz 1 Satz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2162-a-2	Bekanntmachung über die nach der Verordnung über den leistungsabhängigen Teilerlaß von Ausbildungsförderungsdarlehen zuständige Behörde	v. 11. 9. 1984 (Brem.ABl. S. 333)	§ 1 Absatz 1
2163-a-1	Gesetz über die Ausbildung in der Altenpflege	v. 17. 12. 1996 (Brem.GBl. S. 379)	§ 8 Satz 1, § 11 Absatz 5
2163-a-2	Altenpflegeverordnung	v. 26. 8. 1999 (Brem.GBl. S. 231)	§ 5 Absatz 2 Satz 3, Absatz 3, § 12 Absatz 2, § 16 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1, Absatz 6, § 22 Absatz 5 Satz 2, § 23 Absatz 1 Satz 2 , § 29 Absatz 2, § 30 Absatz 3 Satz 1 und 5, § 33 Absatz 10, § 34 Absatz 5
221-a-1	Bremisches Hochschulgesetz	idF der Bek. v. 9. 5. 2007 (Brem.GBl. S. 339)	§ 4 Absatz 12 Satz 1 und 2; § 9 Satz 2; § 10 Absatz 3 und 4 Satz 2; § 13a Absatz 2 Satz 2, Absatz 4 Satz 6 und 12; § 15 Absatz 1 und 3 Satz 2; § 16 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 Satz 4; § 17 Absatz 1 Satz 4; § 18 Absatz 1 Satz 1, 2 und 4, Absatz 2 Satz 10, Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1, 2, 3 und 4, Absatz 5 und Absatz 8 Satz 1; § 20 Absatz 5 und 6; § 25 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 4 Satz 4; § 29 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2; § 33 Absatz 1 Nummer 4, Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Nummer 3, Absatz 3a Satz 2, Absatz 5 Satz 3 und Absatz 7 Satz 6; § 45 Absatz 10 Satz 1; § 48 Absatz 1; § 53 Absatz 2 und 4 Satz 2, 3 und 8; § 59 Absatz 2 Satz 3; § 61 Absatz 2 Satz 2; § 64 Absatz 2; § 64b Satz 10, 11, 13 und 14; § 65 Absatz 1 Satz 3; § 66 Absatz 1 Satz 2; § 67 Absatz 2; § 69 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4; § 81 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 Satz 3; § 83 Absatz 2 Satz 1; § 85 Absatz 2 Satz 3; § 85a Satz 2; § 96 Satz 1;

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
221-a-1	Bremisches Hochschulgesetz	idF der Bek. v. 9. 5. 2007 (Brem.GBl. S. 339)	§ 105 Absatz 1 Satz 1; § 105a Absatz 1 Satz 1, 6 und 8 und Absatz 4; § 106 Absatz 4 Satz 3 und Absatz 5 Satz 3; § 108 Absatz 3 und 5 Halbsatz 2; § 109 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 5 Satz 1 und 3; § 109b Absatz 3; § 110 Absatz 1 und 2 Satz 1 und Satz 5, Absatz 3 und 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 3 und Absatz 7 Satz 1 und 2; § 111 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Halbsatz 1, Absatz 3 Satz 1 und 3, Absatz 4 Satz 1 und 2 Halbsatz 1, Absatz 5 Satz 1 und 2, Absatz 6 Satz 1 und Absatz 8 Satz 1; § 112 Absatz 1 Satz 1, Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 1, Absatz 3 und 4 Satz 2 und 3, Absatz 5 Satz 2 und Absatz 7 Satz 1; § 114 Satz 1; § 116 Satz 3; § 117 Absatz 3 Satz 2
221-c-1	Bremisches Gesetz über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung	v. 18. 6. 1979 (Brem.GBl. S. 233)	§ 25 Absatz 2 und Absatz 4; § 44 Absatz 2 Satz 1; § 46 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 Satz 1 (2x) und 2
221-g-1	Studentenwerksgesetz	idF der Bek. v. 9. 11. 2010 (Brem.GBl. S. 545)	§ 2 Absatz 5 Satz 2; § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1; § 8 Absatz 1 und 2 Satz 2 und 4, Absatz 3 und Absatz 8 Satz 2; § 9 Absatz 2 Satz 2; § 13; § 14 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 2 Satz 1
221-h-2	Bremisches Hochschulzulassungsgesetz	idF der Bek. v. 09.11.2010 (Brem.GBl. S. 545)	§ 1 Absatz 3 Satz 1 und 2; § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 8 Satz 1; § 7 Abs. 1 und 2
221-h-4	Kapazitätsverordnung	v. 13. 5. 2005 (Brem.GBl. S. 173)	§ 5 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2; § 13 Absatz 2; § 14 Absatz 3 Satz 1; § 20 Absatz 3 und 4 Satz 2
221-i-1	Bremisches Lehrerausbildungsgesetz	v. 16. 5. 2006 (Brem.GBl. S. 259)	§ 3 Absatz 5 Satz 1, 2 und 3, § 4 Absatz 1, 3 Satz 2, Absatz 4, 5 Satz 3 und Absatz 6 Satz 1 und 2, § 5 Absatz 3, § 7 Absatz 2 Satz 7 ~~8,~~ Absatz 3 , § 8 Absatz 4, § 10 Absatz 1,§ 12
221-i-3	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter	v. 14. 2. 2008 (Brem.GBl. S. 29)	§ 14 Absatz 4, § 15 Absatz 2 Nummer 1, § 22 Absatz 6 Satz 1 , § 28 Absatz 2 Satz 1 und 3, § 29 Absatz 4
221-i-4	Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen	v. 7. 10. 2003 (Brem.GBl. S. 367, 454)	§ 2 Absatz 2 Satz 1 ~~3~~, § 3 Absatz 3, § 6 Absatz 4 Satz 3 , § 15 Absatz 2 Nummer 1 Satz 2, § 20 Absatz 8, § 23 Absatz 4 Satz 1 und 2, § 24 Absatz 1 Satz 1 , Absatz 2 Satz 1, § 25 Absatz 1 Satz 1, § 26 Absatz 1 § 27 Absatz 2 Satz 1

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
221-i-5	Ordnung der Prüfung für die Weiterbildung von Lehrern/Lehrerinnen für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen	v. 19. 11. 1985 (Brem.GBl. S. 221)	§ 2 Absatz 2
221-i-7	Verordnung zur staatlichen Anerkennung als Elementarpädagogin oder Elementarpädagoge (Bachelor of Arts)	v. 9. 9. 2010 (Brem.GBl. S. 469)	§ 8 Absatz 7 Satz 1 Nummer 2
221-l-1	Gesetz zur Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts "Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung"	idF der Bek. v. 3. 3. 1986 (Brem.GBl. S. 55)	§ 5
221-p-1	Entgeltordnung für die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen der Hochschulen bei Forschungsaufträgen	v. 1. 2. 1991 (Brem.ABl. S. 112)	§ 2 Absatz 4
221-s-1	Gesetz über die Staatsprüfung in dem Internationalen Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht - Schwerpunkt Steuerrecht -	v. 23. 3. 2004 (Brem.GBl. S. 181)	§ 3 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4; § 5 Absatz 2 Satz 2
221-s-2	Ordnung der Staatsprüfung in dem Internationalen Studiengang Steuer- und Wirtschaftsrecht - Schwerpunkt Steuerrecht -	v. 5. 7. 2005 (Brem.GBl. S. 337)	§ 9 Absatz 6 Satz 5
221-t-1	Bremisches Studienkontengesetz	v. 18. 10. 2005 (Brem.GBl. S. 550)	§ 11 Absatz 1 und 2 Satz 2
223-a-5	Bremisches Schulgesetz	idF der Bek. v. 28. 6. 2005 (Brem.GBl. S. 260, 388, 398)	§ 2 Absatz 1 Nummer 6, § 7 Absatz 2, § 9 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2, Nummer 2 Satz 3, § 13 Absatz 3 Satz 1, § 36 Absatz 2 Satz 1, § 39 Absatz 2 Satz 3, § 40 Absatz 7 Satz 3, § 56a Nummer 1 und 2, § 62 Absatz 2 Satz 2, § 65 Absatz 3, § 67, § 70 Satz 3, § 70a Absatz 3

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-a-5a	Gesetz zur Novellierung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes	v. 20. 12. 1994 (Brem.GBl. S. 327)	Artikel 6 Absatz 1, 2, und 6
223-a-6	Ordnungsmaßnahmenverordnung	v. 12. 5. 1998 (Brem.GBl. S. 151)	§ 8 Absatz 3 Satz 1 und 2
223-a-7	Versetzungsordnung	v. 14. 7. 1997 (Brem.GBl. S. 254, 321; 2001 S. 204)	§ 10 Absatz 1 Satz 3 ~~2~~
223-a-8	Zeugnisordnung	v. 14. 7. 1997 (Brem.GBl. S. 247, 321)	§ 3 Absatz 1 und 2, § 4 Absatz 1 Satz 2, § 13 Absatz 3, § 18 Absatz 4 Satz 1
223-a-10	Verordnung über die Abiturprüfung im Lande Bremen	v. 1.12. 2005 (Brem.GBl. S. 585)	§ 2 Absatz 2 Satz 3 und 4, Absatz 3 Satz 4, § 6 Absatz 3 Satz 1 (2x) und Satz 4, § 7 Absatz 1 Satz 3, § 9 Absatz1 und Absatz 4, § 9a Absatz 5 Satz 1, § 10 Absatz 2 Nummer 2, § 10a Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 satz 1 und 2 und Absatz 6 Satz 5, § 19 Absatz 1 Satz 2, § 20 Absatz 1 Satz 2, § 21 satz 2, § 23 Absatz 1, § 25 Absatz 1 Satz 2
223-a-11	Verordnung über das Verbot des Führens von gefährlichen Gegenständen in Schulen	v. 29. 6. 2010 (Brem.GBl. S. 427)	§ 2 Absatz 3
223-a-12	Zuerkennungsverordnung	v. 31.10 1997 (Brem.GBl. S. 568, 688	§ 2 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5, § 4 Absatz 2
223-a-14	Verordnung über die Zuerkennung eines mit dem Abschluß einer öffentlichen Schule vergleichbaren Bildungsstandes	v. 25. 2. 1994 (Brem.GBl. S. 101)	§ 1 Absatz 3, § 2 Absatz 2 § 3 Absatz 2
223-a-15	Verordnung über die Feststellung der Kenntnisse der deutschen Sprache und die Sprachförderung	v. 17. 2. 2011 (Brem.GBl. S. 323)	§ 2 Absatz 2 Nummer 1
223-a-16	Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe	v. 1. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 332)	§ 4 Absatz 2 Satz 1 , § 6 Absatz 1 ~~6~~ Satz 2, § 13 Absatz 1 Satz 3, Anlage 1 beide Tabellen
223-a-18	Verordnung über die Sekundarstufe I der Oberschule	v. 26. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 251)	§ 3 Absatz 3 Satz 2, § 7 Absatz 1 Satz 6, § 9 Absatz 2 Satz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-a-22	Sonderpädagogikverordnung	v. 24. 4. 1998 (Brem.GBl. S. 113, 174)	§ 2 Absatz 1 Satz 2 und 3, § 3 Absatz 2 Satz 1, § 6 Absatz 2 Satz 5, § 8 Absatz 5, § 16 Absatz 2 Satz 4
223-a-24	Verordnung über die Bildungsgänge zum Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife und zum Erwerb des Mittleren Schulabschlusses der Schule für Erwachsene	v. 22. 5. 2009 (Brem.GBl. S. 186)	§ 5 Absatz 1Satz 3
223-b-1	Bremisches Schulverwaltungsgesetz	idF der Bek. v. 28. 6. 2005 (Brem.GBl. S. 280, 388, 399)	§ 3 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 3 (2x), § 5 Satz 2, § 6 Absatz3 Satz 2, § 6a Absatz 2 Satz 2 und Absatz 8 Satz 2 § 7 (2x), § 11 Absatz 2 Satz 2 und 4, § 13 Absatz 1, § 16 Absatz 1 Satz 1 und 2 , § 17 Absatz 4, § 18 Absatz 3, § 20 Absatz 2 und 3, § 22 Absatz 2, § 23 Absatz 2 Satz 4, § 33 Absatz 2 Nummer8 und Absatz 3 Nummer 4, § 36 Absatz 2 Nummer 2, § 49 Absatz 3, § 60 Absatz 2 Satz 3, § 67 Absatz 1, § 75 Satz 1, § 77 Absatz 5, § 79 Absatz 3, § 85 Satz 3, § 92
223-b-2	Elternvertretungsverordnung	v. 7. 6. 1979 (Brem.GBl. S. 255)	§ 18
223-b-3	Wahlordnung für die Mitglieder der Gesamtkonferenz des Kollegiums	v. 11. 7. 1979 (Brem.GBl. S. 267)	§ 11
223-b-4	Wahlordnung für das nichtunterrichtende Personal	v. 11. 7. 1979 (Brem.GBl. S. 268)	§ 1, § 13
223-b-5	Wahlordnung für Schüler an Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven	v. 11. 7. 1979 (Brem.GBl. S. 270)	§ 16
223-b-6	Wahlordnung für Ausbildungsbeiräte	v. 11. 7. 1979 (Brem.GBl. S. 272)	§ 11
223-b-10	Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen	v. 13. 11. 2009 (Brem.GBl. S. 520)	§ 6 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 Satz 1, § 7 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 , § 8 Absatz 1 Satz 2 § 9 Absatz 5 Satz 3, § 10 Absatz 3, § 13 Satz 1, § 15 Satz 1, § 17 Satz 1, § 18 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-b-11	Berufsbegleitende Lehramtsausbildungsverordnung	v. 20. 1. 2011 (Brem.GBl. S. 64)	§ 1 Absatz 3, § 9 Absatz 2 Satz 2, § 12 Absatz 2 Nummer 1, § 13 Absatz 10 Satz 1
223-c-1	Gesetz zum Artikel 31, Absatz 2 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen	idF der Bek. v. 25. 7. 1958 (SaBremR 223-c-1)	§ 5
223-d-1	Privatschulgesetz	v. 3. 7. 1956 (SaBremR 223-d-1)	§ 6 Nummer 1, § 8, § 14 Absatz 1 Satz 1, § 14a Absatz 3 Satz 4, Absatz 4 und 6, § 16 Absatz 2, § 20 Absatz 1 und 4, § 21 Absatz 3, § 22 Absatz 1 Satz 1
223-d-6	Verordnung über die Fachschule für Heilerziehungspflege	v. 11. 6. 2002 (Brem.GBl. S. 229, 534)	§ 3 Absatz 3 Satz 3, § 6 Absatz 1 und 5, § 8 Absatz 5, § 11 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 und Satz 3 (2x), § 16 Absatz 3 (2x), § 21 Absatz 5, § 22 Absatz 1 und 2, § 25 Absatz 3, § 30 Absatz 1 Nummer 1
223-h-1	Weiterbildungsgesetz	v. 18. 6. 1996 (Brem.GBl. S. 127)	§ 3 Absatz 3, § 7 Absatz 1, § 8 Absatz 7 Satz 3, § 9 Absatz 1, Absatz 3 Nummer 6 und Absatz 4, § 10 Satz 1 und 2 Nummer 5 , § 11 Absatz 1 bis 5, § 12 Absatz 1
223-i-2	Verordnung über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach dem Bremischen Bildungsurlaubsgesetz	v. 24. 8. 2010 (Brem.GBl. S. 465)	§ 1 Nummer 1
223-k-2	Berufsschulverordnung	v. 4.6. 1997 (Brem.GBl. S. 263)	§ 6 Absatz 7 Satz 3, § 11 Satz 4
223-k-6	Verordnung über die Berufsfachschule für das Nahrungsgewerbe	v. 5. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 419)	§ 4 Absatz 3 Satz 3, § 6 Absatz 1 und 5, § 8 Absatz 4 letzter Satz § 9 Absatz 2, § 11 Absatz 4, § 12 Absatz 2, § 19 Absatz 3 Nummer 1 (2x), § 25 Absatz5, § 26 Absatz 1 und 2
223-k-7	Verordnung über die Zweijährige Höhere Handelsschule	v. 31. 8. 2009 (Brem.GBl. S. 321)	§ 4 Absatz 2 Satz 3, § 5 Abs 2, § 6 Absatz 1 und 5 Satz 2, § 10 Absatz 4, § 11 Absatz 2 Satz 2, § 14 Absatz 1, § 18 Absatz 1 (3x), § 23 Absatz 5 Satz 2, § 24 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
	Verordnung über die kaufmännische Berufsfachschule im Lande Bremen	v. 5. 9. 1994 (Brem.GBl. S. 261, 1996, 79)	§ 4 Absatz 2 und Absatz 3 Satz 3, § 5 Absatz 2, § 6 Absatz 1 und Absatz 5 Satz 2, § 10 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 1 Satz 2 und Absatz 4., § 16 Absatz 3 Satz 1 und 2, § 20 Absatz 5 Satz 6, § 21 Absatz 1 und 2,
223-k-8	Verordnung über die Berufsfachschule für hauswirtschaftliche Dienstleistungen	v. 5. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 401)	§ 4 Absatz 2 Satz 3, § 6 Absatz 1 Satz 1, Absatz 5 Satz 2, § 8 Absatz 4 Satz 4 § 9 Absatz 2 Satz 2, § 11 Absatz 4 Satz 1, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 19 Absatz 3 Nummer 1 (2x), § 25 Absatz 5 Satz 4, § 26 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2
223-k-11	Verordnung über die Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Soziales	v. 5. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 410)	§ 4 Absatz 3 Satz 3, § 5 Absatz 2, § 6 Absatz 1 und Absatz 5 Satz 2, § 8 Absatz 4 Satz 5, § 11 Absatz 4 Satz 1, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 25 Absatz 5, § 26 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2
223-k-13	Verordnung über die Berufsoberschule	v. 5. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 446)	§ 3 Absatz 2, § 5 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2, § 9 Absatz 4 Satz 1, § 10 Absatz 2 Satz 2, § 13 Absatz 1, § 16a Absatz 1 Satz 1 (3x), § 17 Absatz 2 Satz 2, § 23 Absatz 5 Satz 4, § 24, § 27 Absatz 3
223-k-14	Verordnung über das Berufliche Gymnasium	v. 19. 9. 2010 (Brem.GBl. S. 477)	§ 3 Absatz 2 Satz 2, § 6 Absatz 1 Satz 2, § 12 Absatz 3
223-k-17	Verordnung über die Berufsfachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe	v. 5. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 428)	§ 4 Absatz 3 Satz 3, § 5 Absatz 2, § 6 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2, § 8 Absatz 4 -Satz 5, § 9 Absatz 2, § 11 Absatz 4 Satz 1, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 19 Absatz 2 Nummer 1 (2x), § 25 Absatz 5 Satz 3, § 26 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-k-20	Verordnung über die Fachoberschule	v. 5. 7. 2005 (Brem.GBl. S. 360)	§ 3 Absatz 2, § 4 Absatz 2 Satz 3, § 5 Absatz 1 Satz 3, Absatz 4 Satz 2 und Absatz 5, § 6 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2, § 10 Absatz 4 Satz 1, § 11 Absatz 2 Satz 2, § 14 Absatz 1 Satz 1, § 17a Absatz 1 Satz 1 (2x), § 23 Absatz 6, § 24 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2
223-k-22	Verordnung über die Berufsfachschule für Fremdsprachen in Wirtschaft und Verwaltung	v. 28. 2. 1991 (Brem.GBl. S. 123)	§ 3 Absatz 4 Satz 2, § 4 Absatz 3 Satz 1, § 5 Absatz 2, § 6 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 6 Satz 2, § 12 Absatz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 1 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1, § 13 Absatz 1, § 20 Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 2 Satz 1, § 26 Absatz 2, § 27 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 28 Absatz 2 Satz 1
223-k-23	Verordnung über die Fachschule für Technik	v. 18. 7. 2007 (Brem.GBl. S. 437)	§ 3 Absatz 2, § 4 Absatz 2 Satz 3, § 5 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1, § 6 Absatz 1 Satz 1, Absatz 5 Satz 2 , § 10 Absatz 1 Nummer 1, Satz 3 u. 4, Absatz 4 Satz 1 § 14 Absatz 1, § 17 Absatz 3 Satz 1 u. 3, § 23 Absatz 5 Satz 5, § 24 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 2, § 28 Absatz 3 Satz 2, § 29 Absatz 2 u. 4, § 30 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 3, § 33 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4, Absatz 7 Satz 2, Absatz 10
223-k-25	Verordnung über die Berufsfachschule für Gesundheit	v. 5. 8. 2005 (Brem.GBl. S. 437)	§ 4 Absatz 3 Satz 3, § 5 Absatz 2, § 6 Absatz 1, § 7 Absatz 5 Satz 2, § 8 Absatz 4 Satz 4, § 9 Absatz 2, § 11 Absatz 4, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 19 Absatz 3 Nummer 1 (2x), § 25 Absatz 5 Satz 2, § 26 Absatz 1 und 2
223-k-27	Verordnung über den doppelqualifizierenden Bildungsgang der Berufsfachschule für Assistenten mit dem Abschluss der Fachhochschulreife	v. 31. 8. 2009 (Brem.GBl. S. 329)	§ 3 Absatz 2, § 4 Absatz 2 Satz 3, § 6 Absatz 2 Satz 1, § 7 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2 , § 11 Absatz 4 Satz 1, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 15 Absatz 1, § 18 Absatz 2 Satz 1 und 3, § 20 Absatz 1 Satz 1(2mal), 2, § 26 Absatz 5 Satz 6, § 27 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-k-28	Verordnung über die Berufsfachschule für Technik	v. 7. 11. 2000 (Brem.GBl. S. 429)	§ 3 Absatz 2 Satz 1, § 4 Absatz 3 Satz 3, § 6 Absatz 5 Satz 2, § 8 Absatz 4 Satz 5, § 11 Absatz 4 Satz 1, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 18 Absatz 4 Nummer 1, § 18c Absatz 1 Satz 1 (2x) und Satz 3, § 22 Absatz 5 Satz 3, § 23 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1,
223-k-29	Verordnung über den doppelqualifizierenden Bildungsgang der einjährigen Berufsfachschule in Verbindung mit einer Berufsausbildung und dem Abschluss der Fachhochschulreife	v. 31. 3. 2011 (Brem.GBl. S. 211)	§ 3 Absatz 4 Satz 2, § 4 Absatz 2 Satz 3, § 5 Absatz 5 , § 6 Absatz 2, § 7 Absatz 1 Satz 1, Absatz 5 Satz 2, § 9 Absatz 3 Satz 3, § 11 Absatz 4, § 12 Absatz 2 Satz 2, § 20 Absatz 3, § 21 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 26 Absatz 1 Satz 1 u. 3, § 29 Absatz 1
223-k-30	Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz (BKrFQG-ZuV)	v. 4. 8. 2009 (Brem.GBl. S. 289)	§ 2 Satz 1
223-l-4a	Verordnung für die Schulen für Erwachsene im Lande Bremen	v. 22. 6. 2006 (Brem.GBl. S. 337)	§ 3 Absatz 6, § 5 Absatz 4
223-l-4b	Verordnung über den Bildungsgang des Kollegs	v. 22. 6. 2006 (Brem.GBl. S. 339)	§ 3 Satz 3
223-l-4c	Verordnung über den Bildungsgang des Abendgymnasiums	v. 22. 6. 2006 (Brem.GBl. S. 341)	§ 3 Satz 3, § 6a Absatz 2 Satz 1, § 9 Absatz 2 Satz 3
223-m-1	Verordnung über den doppelqualifizierenden Bildungsgang der Berufsfachschule für Assistenten mit dem Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife	v. 7. 6. 2002 (Brem.GBl. S. 217)	§ 3 Absatz 6 Satz 2 , § 6 Absatz 4 Satz 2
223-n-1	Verordnung über die Prüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zur Erlangung des Mittleren Schulabschlusses	v. 20. 6. 2008 (Brem.GBl. S. 177)	§ 9 Absatz 2 Satz 1, § 14 Absatz 2, § 15 Absatz 2 und 4
223-n-2	Verordnung über den Erwerb der Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I	v. 18. 7. 2005 (Brem.GBl. S. 375, ber. S. 568)	§ 1 Absatz 1 Satz 2, § 5 Absatz 1 Satz 2, § 6 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1, § 13 Satz 2, § 16 Absatz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-n-4	Verordnung über die Abiturprüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler im Lande Bremen	v. 22. 12. 2005 (Brem.GBl. 2006 S. 30)	§ 2, § 3 Satz 1, § 5 Absatz 2 (2x) und Absatz 4, § 8 Absatz 4 Satz 1 und 5, § 13 Absatz 3, § 15 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 21 Absatz 1 Satz 1, § 22 Absatz 1 Satz 1
223-n-7	Verordnung über Ergänzungsprüfungen in Latein, Griechisch, Hebräisch	v. 13. 8. 1984 (Brem.GBl. S. 223)	§ 2 Absatz 1, § 2 Absatz 2 Satz 2 § 3 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3, § 8 Satz 3, § 10 Satz 2
223-n-8	Verordnung für die Prüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zur Erlangung der Einfachen Berufsbildungsreife und der erweiterten Berufsbildungsreife	v. 1. 5. 2010 (Brem.GBl. S. 341)	§ 2, § 14 Absatz 3, § 15 Absatz 2
223-n-9	Verordnung über den Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife und des Mittleren Schulabschlusses in den Schulen für Erwachsene im Lande Bremen	v. 1. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 197)	§ 6 Absatz 1 Satz 2, 3 und 4, Absatz 2, § 7 Absatz 3 Satz 2, § 13 Absatz 2 Satz 2, § 16 Absatz 2
223-o-1	Verordnung über die Berufsfachschule für Kinderpflege	v. 31. 7. 2000 (Brem.GBl. S. 323)	§ 3 Absatz 6 Satz 2, § 4 Absatz 3 Satz 3, § 5 Absatz 2 Satz 1, § 6 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2, § 10 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 und Absatz 4, § 15 Absatz 2 Satz 1 und 3, § 20 Absatz 5 Satz 2, § 21 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 24 Absatz 2, § 35 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 5 und Satz 2
223-o-3	Verordnung über den berufsbegleitenden Bildungsgang zur Erzieherin und zum Erzieher sowie zur Heilerziehungspflegerin und zum Heilerziehungspfleger	v. 21. 5. 2002 (Brem.GBl. S. 163)	§ 3 Absatz 2, § 5 Absatz 5 und 6, § 12 Absatz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 1 Satz 2 und Absatz 5, § 17 Absatz 1 Satz 1 und 3, § 21 Absatz 3 Satz 3, § 22 Absatz 1 Satz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
223-o-4	Verordnung über die Fachschule für Sozialpädagogik	v. 21. 5. 2002 (Brem.GBl. S. 151)	§ 2 Absatz 8 Satz 2, § 3 Absatz 3 Satz 3, § 6 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2, § 10 Absatz 1 Nummer 1 und 5 (Sen. F.AFGJS) , Satz 2 und 3 und Absatz 4 Satz 1, § 15 Absatz 3 Satz 1 und 3, § 19 Absatz 5 Satz 3, § 20 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 23 Absatz 3 Satz 1, § 28 Absatz 1 Satz 2
223-o-5	Verordnung über die Berufsfachschule für Assistenten	v. 10. 7. 1992 (Brem.GBl. S. 239)	§ 4 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 3, § 5 Absatz 3, § 6 Absatz 1 Satz 1, Absatz 5 Satz 2, § 10 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 1 Satz 2 und 3, § 13 Satz 1, § 15 Absatz 3 Satz 1 und 3 und Absatz 5 Satz 2, § 20 Absatz 5 Satz 3, § 21 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 2, § 24 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5
225-a-1	Pressegesetz	v. 16. 3. 1965 (Brem.GBl. S. 63, 1993 S. 145, 216)	§ 12 Absatz 4 Satz 1
301-b-5	Bremisches Gesetz über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung	v. 20. 5. 2003 (Brem.GBl. S. 251)	§ 33 Satz 1
45-c-68	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	v. 11. 3. 1975 (Brem.GBl. S. 151)	§ 13 Absatz 1
63-m-1	Verordnung über das Finanz- und Rechnungswesen der Universität Bremen, der Hochschule Bremen, der Hochschule für Künste, der Hochschule Bremerhaven und der Staats- und Universitätsbibliothek	v. 18. 6. 2004 (Brem.GBl. S. 303)	§ 7 Absatz 1 Satz 3 und 4 und Absatz 2; § 14 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1; § 15 Absatz 1; § 17

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
8001-a-2	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz, nach dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern und nach dem Gesetz über die Landwirtschaftskammer Bremen	v. 11. 4. 1995 (Brem.ABl. S. 431)	§ 1 Absatz 1, 2 und 4 Satz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
Bereich Gesundheit			
	Bekanntmachung über die nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge zuständigen Behörden	v. 29. 6. 2010 (Brem.ABl. S. 541)	§ 1
	Bekanntmachung über die nach der Biostoffverordnung, der Gefahrstoffverordnung und der Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung zuständigen Behörden	v. 29. 6. 2010 (Brem.ABl. S. 541)	§ 2
	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach der Arbeitsschutzverordnung zu künstlicher optischer Strahlung und über die Zuständigkeiten nach der Betriebssicherheitsverordnung	v. 29. 3. 2011 (Brem.ABl. S. 427)	Artikel 2
13-f-1	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Gesetz über die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze bei innergemeinschaftlichen Verstößen	v. 21. 8. 2007 (Brem.GBl. S. 449)	§ 1 Nummer 2
13-f-3	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über die Durchführung der Verbraucherschutzgesetze bei innergemeinschaftlichen Verstößen	v. 21. 8. 2007 (Brem.GBl. S. 450)	§ 1 Nummer 3
203-c-6	Gesundheits-Kostenverordnung	v. 16. 8. 2002 (Brem.GBl. S. 337)	§ 2a
2040-b-1	Bremische Nebentätigkeitsverordnung	idF der Bek. v. 25. 11. 1990 (Brem.GBl. S. 459)	§ 13 Absatz 2, § 17 Absatz 1 Satz 1 und 2 , § 20 Absatz 1 Satz 2 , Absatz 3 Satz 3, Absatz 5, § 21 Absatz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2040-k-8	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes im Lande Bremen	idF der Bek. v. 1. 12. 2006 (Brem.GBl. S. 491)	§ 23 Absatz 1 Nummer 1
2120-a-2	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten	v. 19. 12. 2000 (Brem.GBl. S. 471)	§ 3 Absatz 2 Satz 1, Absatz 4, § 13 Absatz 1 Satz 1, 5 und 8, § 30 Absatz 1 Satz 1, § 34 Absatz 1 Satz 1 , § 35 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, § 36 Absatz 1 Satz 1 ,Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 Satz 2 und 4, § 37 Satz 1, § 42 Absatz 2, § 43 Absatz 1
2120-a-3	Verordnung über den Psychatrieausschuss des Landes Bremen	v. 30. 10. 2001 (Brem.GBl. S. 365)	§ 2 Absatz 1 Satz 1, § 3 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 3, § 6 Absatz 1, 3, § 7 Satz 2
2120-a-4	Verordnung über die Erhebung von Kosten der Unterbringung im Maßregelvollzug	v. 08.10. 2002 (Brem.GBl. S. 534)	§ 1
2120-a-5	Gesetz zur Übertragung von Aufgaben im Rahmen von Unterbringungen nach § 126 a der Strafprozeßordnung	v. 2. 12. 2003 (Brem.GBl. S. 389)	§ 1 Absatz 1 Satz 1 , §§ 2 , 3
2120-a-6	Schwangerenberatungsgesetz	v. 28. 3. 2006 (Brem.GBl. S. 147)	§ 3 Absatz 1 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 und 2 , § 4 Absatz 1 Nummer 2, § 5 Absatz 2 Nummer 4, 5, 7, § 7 Satz 1
2120-f-1	Gesundheitsdienstgesetz	v. 27. 3. 1995 (Brem.GBl. S. 175)	§ 5 Absatz 1-4, § 6 Abs.2, § 9 Absatz 2, § 10 Absatz 1, 2, § 11 Absatz 1, 2, § 12 Absatz 1, § 14 Absatz 6, § 15 Absatz 1, 2, § 16 Abs.2, § 20 Absatz 1 S. 3, § 25 Absatz 3, § 26 Absatz 1, 2, § 27 Absatz 2, § 29 Absatz 1, 2, 3, § 30a Absatz 4, § 30c, § 33 Absatz 3, § 36 Absatz 2, § 38 Absatz 1 Nummer 1 Anmerkung: In § 14 Absatz 6 Satz 3 sind die Wörter "; hinsichtlich der Untersuchungen nach Satz 2 ist das Einvernehmen mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft herzustellen" zu streichen. In § 29 Absatz 1 sind die Wörter "", die im Einvernehmen mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft zu erlassen ist, soweit dessen auf gesetzlicher Grundlage beruhende Zuständigkeit hiervon betroffen ist" zu streichen.
2120-f-3	Verordnung über die Ethikkommission des Landes Bremen	v. 28. 11. 1996 (Brem.GBl. S. 347)	§ 13 Absatz 1, 2, § 14, § 15 Absatz 1, 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2120-f-7	Verordnung über die Aufbewahrung und Verabreichung von Arzneimitteln in Alten- und Pflegeheimen	v. 15. 5. 2001 (Brem.GBl. S. 179)	§ 3 Absatz 2, 3
2121-b-3	Verordnung über die nach der Bundes-Apothekerordnung und der Approbationsordnung für Apotheker zuständige Behörde	v. 7. 6. 1982 (Brem.GBl. S. 166)	§ 1 Absatz 1
2121-b-4	Verordnung über die Zuständigkeit nach dem Gesetz über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für pharmazeutisch-technische Assistenten	v. 9. 7. 1985 (Brem.GBl. S. 139)	§ 1 Absatz 1 und 2
2121-b-5	Bekanntmachung über die nach dem Apothekengesetz und der Apothekenbetriebsordnung zuständigen Behörden	v. 24. 4. 2007 (Brem.ABl. S. 532)	§ 1, § 2 Absatz 1
2121-e-1	Verordnung über die zuständige Behörde nach der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken	v. 25. 2. 1986 (Brem.GBl. S. 54)	§ 1
2121-i-1	Verordnung über die nach dem Arzneimittelgesetz zuständigen Behörden	v. 30. 8. 1988 (Brem.GBl. S. 218)	§ 1
2121-l-1	Verordnung über die nach dem Betäubungsmittelgesetz und der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung zuständige Behörde	v. 7. 6. 1982 (Brem.GBl. S. 166)	§ 1, § 2, § 3
2121-m-1	Bekanntmachung über die nach dem Gentechnikgesetz und der Gentechnik-Sicherheitsverordnung zuständigen Behörden	v. 16. 4. 1991 (Brem.ABl. S. 335)	§ 1, § 3 Absatz 1bis 3, § 4
2122-a-1	Heilberufsgesetz	idF der Bek. v. 15. 4. 2005 (Brem.GBl. S. 149)	§2a Absatz 2 Satz 1, § 92 Absatz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2122-a-2	Verordnung über die Weiterbildung von Ärzten in dem Gebiet "Öffentliches Gesundheitswesen"	v. 10. 11. 1998 (Brem.GBl. S. 335)	§ 4 Absatz 1
2122-a-3	Verordnung über die Weiterbildung von Tierärzten in dem Gebiet "Öffentliches Veterinärwesen"	v. 8. 1. 1997 (Brem.GBl. S. 93)	§ 4 Absatz 3, § 5, § 6 Absatz 1, § 8 Absatz 1, 2 und 4, § 9 Absatz 1
2122-d-1	Bekanntmachung über die zuständige Behörde nach dem Gesetz über die Rechtsstellung vorgeprüfter Apothekeranwärter	v. 15. 1. 1979 (Brem.ABl. S. 29)	§ 1 Absatz 1, § 2
2122-f-1	Bekanntmachung über die zuständige Behörde nach dem Psychotherapeutengesetz und den auf dem Psychotherapeutengesetz beruhenden Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen	v. 9. 2. 1999 (Brem.ABl. S. 146)	§ 1, § 2, § 3
2123-a-1	Bekanntmachung über die nach dem Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde zuständigen Behörden	v. 5. 3. 1984 (Brem.ABl. S. 140)	§ 1 Absatz 1
2124-a-1	Gesetz zur Ausführung des Hebammenrechts	v. 26. 9. 1989 (Brem.GBl. S. 356)	§ 1
2124-a-3	Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung für Hebammen und Entbindungspfleger	v. 10. 12. 2010 (Brem.GBl. 2011 S. 1)	§ 4 Absatz 1, § 6 Absatz 1, § 8, § 9, § 10 Absatz 2, § 14 Absatz 5, § 18, § 19 Absatz 1, Anlage 4
2124-a-7	Bekanntmachung über die nach dem Hebammengesetz zuständige Behörde	v. 25. 2. 1986 (Brem.ABl. S. 59)	§ 1
2124-d-3	Bekanntmachung über die zuständige Behörde nach dem MTA-Gesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für technische Assistenten in der Medizin	v. 20. 7. 1998 (Brem.ABl. S. 375)	§ 1, § 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2124-e-1	Bekanntmachung über die zuständige Behörde nach dem Masseur- und Physiotherapeutengesetz, der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Physiotherapeuten und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Masseure und medizinische Bademeister	v. 16. 1. 1996 (Brem.ABl. S. 77)	§ 1, § 2, § 3
2124-f-1	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Beschäftigungs- und Arbeitstherapeutengesetz	v. 4. 10. 1976 (Brem.GBl. S. 217)	§ 1
2124-h-1	Bekanntmachung über die nach dem Krankenpflegegesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Berufe in der Krankenpflege zuständige Behörde	v. 25. 2. 1986 (Brem.ABl. S. 59)	§ 1, § 2
2124-h-2	Berufsordnung für die staatlich anerkannten Pflegeberufe	v. 4. 2. 2011 (Brem.GBl. S. 69)	§ 5 Absatz 1 Buchstabe c
2124-i-1	Verordnung über die zuständige Behörde nach dem Gesetz über den Beruf des Logopäden	v. 15. 6. 1981 (Brem.GBl. S. 145)	§ 1
2124-k-1	Bekanntmachung über die nach dem Orthoptistengesetz zuständige Behörde	v. 15. 5. 1990 (Brem.ABl. S. 149)	§ 1
2124-l-1	Bekanntmachung über die nach dem Rettungsassistentengesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten zuständige Behörde	v. 15. 5. 1990 (Brem.ABl. S. 149)	§ 1, § 2
2124-m-1	Bekanntmachung über die nach dem Podologengesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Podologinnen und Podologen zuständigen Behörde	v. 28. 5. 2002 (Brem.ABl. S. 433)	§ 1, § 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2125-b-1	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Weinrecht	v. 9. 2. 1999 (Brem.ABl. S. 145)	§ 2, § 3, § 4, § 8
2125-e-1	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Lebensmittelrecht	v. 5. 12. 1995 (Brem.GBl. S. 486)	§ 1 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 2 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 3 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 4 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 5 Nummer 1, § 6 Nummer 1, § 7, § 8 Nummer 1, § 9 Absatz 1, 2
2126-e-1	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Infektionsschutzgesetz	v. 3. 7. 2001 (Brem.GBl. S. 235)	§ 1, § 2 Absatz 1, 2, § 3 Absatz 1, 2, § 4 Absatz 2, § 5
2127-a-1	Gesetz über das Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen	v. 23. 9. 1997 (Brem.GBl. S. 337, ber. 1998 S. 93)	§ 1 Absatz 3, § 2 Absatz 7, § 5 Absatz 3, § 7 Absatz 1, 2, § 9 Absatz 2, § 10, § 11 Absatz 1
2127-a-2	Verordnung über die Bestimmung der Vertrauensstelle und der Registerstelle des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen	v. 3. 12. 1997 (Brem.GBl. S. 614)	§ 3
2127-a-3	Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen	v. 15. 9. 1998 (Brem.GBl. S. 249)	§ 2 Absatz 2, 3, § 3 Absatz 3 Satz 1 und 3, § 7 Absatz 1
2127-c-1	Gesetz über das Leichenwesen	v. 27. 10. 1992 (Brem.GBl. S. 627)	§ 5 Absatz 3 Satz 2, § 7 Satz 3, § 9 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 7 Satz 3, § 11 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2 Satz 4, § 13 Absatz 1 Satz 2, § 14 Absatz 4 Satz 1, § 17 Absatz 4 Satz 1, § 20a Absatz 1 Satz 2, § 20b Absatz 1, 2 und 3
2127-c-2	Bekanntmachung über die nach dem Gesetz über das Leichenwesen zuständigen Behörden	v. 18. 6. 1997 (Brem.ABl. S. 288)	§ 2 Absatz 4
2127-c-3	Verordnung über die Bestimmung und Aufgaben des Bremer Mortalitätsindex	v. 4. 4. 2002 (Brem.GBl. S. 52)	§ 5 Absatz 2 Satz 1
2127-e-1	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Transplantationsgesetz	v. 27. 10. 1998 (Brem.ABl. S. 637)	§ 1, § 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2127-f-1	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Transfusionsgesetz	v. 24.11.1998 (Brem.Abl. S. 747) § 1, § 2	§ 1, § 2
2128-b-1	Bremisches Krankenhausgesetz	v. 12. 4. 2011 (Brem.GBl. S. 252)	§ 4 Absatz 1 Satz 1 und 5 , Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 und 2, Absatz 4 Satz 3 bis 5 und Absatz 5, § 5 Absatz 2 Satz 1 und 2 , Absatz 3 Satz 1 und 2 und Absatz 4 Satz 1, § 6 Absatz 1 Satz1, 3, 6 und 8, § 7 Absatz 3 Satz 1, § 8 Absatz 1Satz 2, Absatz 3 Satz 3 und Absatz 5 Satz 1 und 3, § 9 Absatz 1 Satz 1, 3 und 4, Absatz 2 , § 10 Absatz 4 Satz 2, § 12 Satz 2, § 13 Absatz 3 , § 15 Absatz 1, § 16 Absatz 2, § 17 Absatz 2 Satz 2, § 18 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 3 , § 19 Absatz 1 und 2, § 23 Absatz 4 Satz 2 und 3, Absatz 6 Satz 2, § 24 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, § 27 Satz 2, § 28 Absatz 3, § 29 Absatz 2, § 30 Absatz 4, § 33 Absatz 3
2128-b-3	Verordnung über die pauschale Förderung nach § 11 Absatz 9 des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes	idF der Bek. v. 15. 7. 2003 (Brem.GBl. S. 347)	§ 2 Absatz 2 Satz 2 und 3, § 4 Absatz 2 Satz 1
2128-c-2	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten zum Vollzug des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze, der Bundespflegesatzverordnung und der Krankenhaus-Buchführungsverordnung	v. 3. 7. 1986 (Brem.ABl. S. 220)	§ 1 Absatz 1
2128-c-3	Schiedsstellenverordnung	v. 24. 4. 2007 (Brem.GBl. S. 300)	§ 2 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4, § 3 Absatz 3 Satz 2, Absatz 6 , § 5 Absatz 1 Satz 2, § 8 Absatz 5 Satz 2, Absatz 6
2129-e-9	Bekanntmachung über die zuständige landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und tierärztliche Fachbehörde nach der Bioabfallverordnung	v. 20. 3. 2001 (Brem.ABl. S. 383)	§ 1

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2132-a-1	Bremisches Hilfeleistungsgesetz	idF der Bek. v. 19. 3. 2009 (Brem.GBl. S. 105)	§ 25 Absatz 2 Satz 1, § 34 Absatz 5
2180-a-1	Bremisches Wassergesetz	v. 12. 4. 2011 (Brem	§ 43
2190-b-1	Gesetz über das Halten von Hunden	v. 20. 10. 2001 (Brer	§ 2 Absatz 3 Satz 4 und 6, § 4 Absatz 2 Satz 7, 8 und 9
223-a-5	Bremisches Schulgesetz	idF der Bek. v. 28. 6	§ 33 Absatz 2 Satz 2
223-d-1	Privatschulgesetz	v. 3. 7. 1956 (Brem.(	§ 14a Absatz 4
223-d-3	Verordnung zur staatlichen Anerkennung der Kosmetikerinnen und Kosmetiker im Lande Bremen	v. 5. 10. 1990 (Brem	§ 2 Absatz 1
223-d-6	Verordnung über die Fachschule für Heilerziehungspflege	v. 11. 6. 2002 (Brem	§ 11 Absatz 1 Nummer 5
223-h-3	Gesetz über die Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen	v. 27. 3. 2007 (Brem	§ 4 Absatz 1, 3 Satz 1, Absatz 7, § 5 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4 Satz 2, § 6 Absatz 1 Nummer 1, § 7 Absatz 2, § 8, Absatz 4 Satz 1, Absatz 6, § 9 Absatz 1, § 10, § 12 Absatz 1
223-h-5	Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für Pflegefachkräfte	v.10.5.2007	§ 4 Absatz 1 und 3 Satz 2, § 6 Absatz 1, § 8 Satz 1, § 9 Satz 3, § 10 Absatz 2 Satz 1, § 14 Absatz 4-5 Satz 3, § 18, § 19 Absatz 1, Anlage 1 Grundmodul 2
280-a-2	Verordnung über statistische Erhebungen zur Ermittlung der Durchimpfungsrate der erwachsenen bremischen Bevölkerung	v. 25. 2. 1997 (Brem.GBl. S. 120)	§ 4 Satz 2
45-c-12	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Transfusionsgesetz	v. 24. 11. 1998 (Brem.GBl. S. 345)	§ 1
45-c-68	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	v. 11. 3. 1975 (Brem.GBl. S. 151)	§ 30 Absatz 1 und 2 Satz 1, § 31, § 32

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
45-c-91	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Atomgesetz	v. 5. 10. 1981 (Brem.GBl. S. 163)	§ 1 Nummer 3 (Wortlaut: "…., im Übrigen die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit.")
45-c-105	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Chemikaliengesetz	v. 20. 12. 2005 (Brem.GBl. S. 644)	§ 1 Nummer 12
45-k-1	Bekanntmachung über die zuständige Stelle gemäß § 218b Absatz 2 des Strafgesetzbuches	v. 20. 7. 1998 (Brem.ABl. S. 375)	§ 1
45-k-2	Bekanntmachung über die zuständige Stelle nach § 3 Satz 2 Embryonenschutzgesetz	v. 23. 6. 1992 (Brem.ABl. S. 337)	§ 1
7100-b-1	Verordnung über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung	v. 23. 10. 1990 (Brem.GBl. S. 441)	§ 3 Absatz 1 Nummer 1
7100-c-3	Verordnung über zugelassene Überwachungsstellen	v. 31. 8. 2004 (Brem.GBl. S. 445)	§ 4
7100-c-4	Verordnung über die Organisation der technischen Überwachung	v. 28. 11. 1961 (Brem.GBl. S. 221)	§ 12
7101-g-1	Verordnung über die nach dem Sprengstoffgesetz zuständigen Behörden	v. 17. 11. 1998 (Brem.GBl. S. 333)	§ 1 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, § 6
7101-g-2	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz	v. 17. 11. 1998 (Brem.ABl. S. 731)	§ 1 Absatz 1
7103-b-1	Bekanntmachung der zuständigen Behörden nach der Verordnung über die Verpflichtung der Arbeitgeber zu Mitteilungen an die für die Gewerbeaufsicht zuständigen Landesbehörden	v. 19. 11. 1968 (Brem.ABl. S. 347)	§ 2
7103-c-1	Bekanntmachung über die nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz zuständigen Behörden	v. 31. 8. 2004 (Brem.ABl. S. 641)	§ 1

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
7103-c-2	Bekanntmachung über die nach der Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug zuständige Behörde	v. 12. 6. 1990 (Brem.ABl. S. 164)	§ 1
7103-d-1	Bekanntmachung über die nach der Druckluftverordnung zuständigen Behörden	v. 15. 9. 1998 (Brem.ABl. S. 537)	§ 1 Absatz 1 und 2
7103-e-2	Bekanntmachung über die nach der Röntgenverordnung zuständigen Behörden		§ 1
7103-g-1	Bekanntmachung der nach dem Medizinproduktegesetz zuständigen Behörden	v. 29. 4. 2003 (Brem.ABl. S. 297)	§ 1, § 2 Absatz 1 Nummer 2
7103-g-3	Bekanntmachung der nach der Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung zuständigen Behörden	v. 29. 4. 2003 (Brem.ABl. S. 298)	§ 1, § 2 Absatz 1 Nummer 2
752-a-1	Bekanntmachung über die nach der Strahlenschutzverordnung zuständigen Behörden		§ 1
715-a-2	Bekanntmachung über die örtliche Zuständigkeit der Eichämter	v. 28. 7. 1970 (Brem.ABl. S. 267)	§ 3
752-a-2	Verordnung über die nach dem Atomgesetz zuständigen Behörden	v. 14. 4. 1980 (Brem.GBl. S. 88)	§ 1 Absatz 1 Nummer 5, Absatz 2 , § 2 Absatz 1 , § 3 Absatz 1
7823-b-1	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Pflanzenschutzrecht	v. 30. 11. 1999 (Brem.GBl. S. 282)	§ 1 Absatz 1, 2, 3 Nummer 1, 2, § 4 Absatz 2
7824-a-3	Verordnung über die Regelung der künstlichen Besamung zur Förderung der Tierzucht	v. 31. 1. 1950 (Brem.GBl. S. 17)	§ 1 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4, § 2, § 3 Absatz 2, § 5
7825-a-1	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Futtermittelgesetz und der Futtermittelverordnung	v. 9. 2. 1999 (Brem.ABl. S. 146)	§ 1 Absatz 1, 2, § 2 Absatz 1, 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
7830-b-1	Verordnung über die nach der Bundes-Tierärzteordnung und der Approbationsordnung für Tierärzte zuständigen Behörden	v. 5. 3. 1984 (Brem.GBl. S. 33)	§ 1 Absatz 1, § 2
7831-a-1	Bremisches Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz	v. 8. 4. 2003 (Brem.GBl. S. 171)	§ 8 Absatz 4, 6, § 10
7831-b-1	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Tierseuchenrecht	v. 5. 12. 1995 (Brem.GBl. S. 481)	§ 1 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 2 Nummer 1, § 3 Nummer 1, § 4 Nummer 1, § 5 Nummer 1, § 6 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 7 Nummer 1, § 8 Nummer 1, § 9 Absatz 1, 2 Nr.1, § 10 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 11 Nummer 1, § 12 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 13 Nummer 1, § 14 Nummer 1, § 15 Nummer 1, § 19 Nummer 1, § 20, § 22 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 24 Nummer 1, § 25 Absatz 1, § 26 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 27
7831-k-1	Bremisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz	v. 19.12. 2006 (Brem.GBl. S. 541)	§ 2 Absatz 2 Satz 3, § 3 Absatz 1
7831-k-3	Ortsgesetz über die Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen in der Stadtgemeinde Bremen	v. 26. 2. 1991 (Brem.GBl. S. 109)	§ 1 Absatz 1, § 6
7831-k-4	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz	v. 5. 12. 1995 (Brem.GBl. S. 487)	§ 1 Nummer 1
7832-d-2	Verordnung über den Schlachthofzwang in der Stadt Bremen	v. 13. 10. 1953 (Brem.GBl. S. 108)	§ 4, § 5 Absatz 3
7833-a-1	Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine	v. 25. 9. 2007 (Brem.GBl. S. 455)	§ 3 Absatz 2
7833-b-1	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Tierschutzrecht	v. 5. 12. 1995 (Brem.GBl. S. 484)	§ 1 Absatz 1, 2 Nummer 1, § 6 Nummer 1, § 7 Nummer 1, § 9, § 10
793-a-1	Bremisches Fischereigesetz	v. 17. 9. 1991 (Brem.GBl. S. 309, ber. 1993 S. 145)	§ 22 Absatz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
8050-a-1	Bremisches Ladenschlussgesetz	v. 22. 3. 2007 (Brem.GBl. S. 221)	§ 12
8050-f-1	Bekanntmachung über die nach dem Arbeitszeitgesetz zuständigen Behörden	v. 21. 12. 1999 (Brem.ABl. 2000 S. 64)	§ 1 Absatz 1
8050-f-2	Bekanntmachung über die nach dem Arbeitsschutzgesetz zuständigen Behörden	v. 1. 10. 1996 (Brem.ABl. S. 751)	§ 1 Absatz 1
8051-b-1	Verordnung über die nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz zuständigen Behörden	v. 27. 9. 1976 (Brem.GBl. S. 215)	§ 1 Absatz 1 Satz 1 , Absatz 2
8053-f-1	Bekanntmachung über die nach dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit zuständigen Behörden	v. 1. 11. 1976 (Brem.ABl. S. 485)	§ 1 Absatz 2
8053-g-1	Bekanntmachung der nach dem Gesetz über die Mindestanforderungen an Unterkünfte für Arbeitnehmer zuständigen Behörden	v. 25. 6. 1974 (Brem.ABl. S. 419)	§ 1 Absatz 2
8053-h-1	Bekanntmachung der nach der Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien zuständigen Behörden	v. 29. 10. 1974 (Brem.ABl. S. 661)	§ 1
820-a-1	Versicherungsbehörden-Verordnung	v. 15. 12. 1998 (Brem.GBl. 1999 S. 4, ber. S. 52)	§ 1 Nummer 1
820-a-2	Bekanntmachung über die Verwaltungszuständigkeiten in der Sozialversicherung und die Aufsicht über die Sozialversicherungsträger	v.25.3..2003 (Brem.AB. S. 93)	§ 1, § 2 Absatz 1 und 2, § 3, § 4, § 5
8221-b-1	Verordnung über landesrechtliche Regelungen im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung	v. 2. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 201)	§ 2 Absatz 1und Absatz 2 Satz 2

Anlage 1
(zu Nummer 2.1)

Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
8221-c-1	Bekanntmachung über die zuständige Behörde nach der Berufskrankheiten-Verordnung	v. 27. 1. 1998 (Brem.ABl. S. 108)	§ 1
86-b-1	Verordnung über die Errichtung und das Verfahren der Landesschiedsstelle und der erweiterten Landesschiedsstelle nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch	v. 17. 12. 1991 (Brem.GBl. 1992 S. 9)	§ 2 Absatz 4 Satz 1, § 21
86-d-1	Verordnung über die Errichtung und das Verfahren der Schiedsstelle nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch	v. 7. 3. 1995 (Brem.GBl. S. 145)	§ 20
8221-c-1	Bekanntmachung über die zuständige Behörde nach der Berufskrankheiten-Verordnung	v. 27. 1. 1998 (Brem.ABl. S. 108)	§ 1

Anlage 2
(zu Nummer 2.2)

Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
2160-b-1	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz	v. 2. 11. 2004 (Brem.GBl. S. 577)	§ 1 Nummer 1
2160-c-1	Erstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen	v. 17. 9. 1991 (Brem.GBl. S. 318)	§ 1 Absatz 2 Satz 2, Absatz 3, § 3 Absatz 1, § 7Absatz 2 Nummer 2
2160-d-1	Bremisches Tageseinrichtungs- und Tagespflegegesetz	v. 19. 12. 2000 (Brem.GBl. S. 491)	§ 15 Absatz 9
2160-d-1a	Gesetz über die staatliche Anerkennung in sozialpädagogischen und sozialpflegerischen Berufen	v. 19. 12. 2000 (Brem.GBl. S. 491)	§ 1 Satz 1
2160-d-3	Ordnung zur staatlichen Anerkennung von Erzieherinnen und Erziehern und Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger im Lande Bremen	v. 9. 9. 2010 (Brem.GBl. 2011 S. 235)	§ 1a Absatz 2, 4, § 2 Absatz 1, § 3 Absatz 4 Satz 1, § 7 Absatz 1, § 8 Absatz 7 Nummer 1 , § 9 Satz 1,
2160-d-5	Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen	v. 23. 9. 1997 (Brem.GBl. S. 347, ber. 1998 S. 93)	§ 1 Absatz 8 Satz 2
2160-d-6	Ordnung über die organisierte Mitwirkung der Eltern in den Kindergärten und Horten in der Stadtgemeinde Bremen	v. 25. 10. 1982 (Brem.GBl. S. 315)	§ 5 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 2
2160-d-7	Viertes Gesetz zur Ausführung des 8. Buches Sozialgesetzbuch	v. 22.12.1998 (Brem.GBl. S. 351)	§ 16 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 2 , § 17 Absatz 5 Satz 1, § 27 Absatz 1 und 2, § 34 Absatz 4 Satz 1
2160-d-8	Verordnung über die Schiedsstelle nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch	v. 22. 12. 1998 (Brem.GBl. S. 378)	§ 1 Satz 1 und 2, § 3 Absatz 3 Satz 1 und 2, § 5 Absatz 1 Satz 2 und 4, Absatz 2 Satz 2, § 14 Absatz 2
2160-d-11	Ortsgesetz über den Eigenbetrieb "KiTa-Bremen" der Stadtgemeinde Bremen	v. 6. 7. 2004 (Brem.GBl. S. 401)	§ 4 Absatz 2 Satz 1 und 2, § 5 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, Absatz 3

Anlage 2
(zu Nummer 2.2)

Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

2160-d-12	Verordnung über den berufsbegleitenden Bildungsgang zur Kinderpflegerin und zum Kinderpfleger sowie zur Sozialassistentin und zum Sozialassistenten	v. 17. 12. 2004 (Brem.GBl. 2005 S. 2)	§ 3 Absatz 2, § 5 Absatz 3, § 12 Absatz 1 Nummer 2, § 22 Absatz 1 Satz 2
2160-f-1	Gesetz zur Ausführung des Unterhaltsvorschussgesetzes	v. 26. 6. 2001 (Brem.GBl. S. 205)	§ 3
2161-a-1	Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	v. 30. 4. 2007 (Brem.GBl. S. 315)	§ 3
2161-a-5	Verordnung über die Schiedsstelle nach dem Bundessozialhilfegesetz	v. 27. 9. 1994 (Brem.GBl. S. 297)	§ 1, § 3 Absatz 3 Satz 2, § 5 Absatz 1 Satz 2 und 4, Absatz 2 Satz 2, § 14 Absatz 3
2161-b-1	Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz	v. 5. 10. 2010 (Brem.GBl. S. 509)	§ 8 Absatz 4 Satz 3, § 9 Absatz 8 Satz 2, § 10 Absatz 11; § 11 Absatz 3 Satz 2, § 12 Absatz 3 Satz 1, § 13 Absatz 3 Satz 2, § 20 Absatz 6 Satz 1, § 31 Absatz 1
2161-c-1	Landespflegegeldgesetz	idF der Bek. v. 27. 4. 1984 (Brem.GBl. S. 111)	§ 5 Absatz 3
2161-d-1	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Heimgesetz	v. 2. 4. 1985 (Brem. ABl. S. 295)	§ 1 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2
2161-g-1	Verordnung über die für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständigen Behörden und Kostenträger	v. 19. 10. 1993 (Brem.GBl. S. 303, ber. S. 367)	§ 1 Absatz 1 Nummer 1, 3, Absatz 2
2161-h-1	Bremisches Ausführungsgesetz zum Pflege-Versicherungsgesetz	v. 26. 3. 1996 (Brem.GBl. S. 85)	§ 4 Absatz 2 und 4, § 5 Absatz 1 Satz 1, § 6 Absatz 6 Satz 1 und 3, § 7 Absatz 2 , § 8 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Satz 1, § 10 Absatz 4, § 11 Absatz 1 Satz 1, § 12 Absatz 1, Absatz 2 Satz 2
2161-h-2	Verordnung zur Durchführung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz	v. 2. 10. 1997 (Brem.GBl. S. 543)	§ 2 Satz 1, §§ 11 , 12
2161-h-3	Verordnung zur Umsetzung des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes	v. 8. 4. 2003 (Brem.GBl. S. 177)	§ 1 Absatz 1 und 2, § 3 Absatz 1 Nummer 7, Absatz 2, § 4 Absatz 1,§ 5 Satz 1, § 8 Absatz 1 und 8
2163-a-1	Gesetz über die Ausbildung in der Altenpflege	v. 17. 12. 1996 (Brem.GBl. S. 379)	§ 2 Absatz 4, § 8 Satz 1, § 11 Absatz 5, § 16 Absatz 1 Satz 2, § 21 Absatz 4 Satz 2 und Absatz 6, § 23 Absatz 1 und 2 Satz 1

Anlage 2
(zu Nummer 2.2)

Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

2163-a-2	Altenpflegeverordnung	v. 26. 8. 1999 (Brem.GBl. S. 231)	§ 5 Absatz 3, § 8 Absatz 2 Satz 2 und 5 , § 9 Absatz 3 Nummer 2, § 12 Absatz 2, 3 Satz 4, § 16 Absatz 6, § 23 Absatz 1 Satz 2 , § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 30 Absatz 3 Satz 1 und 5, § 34 Absatz 3 und 5, § 35 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 40
2163-b-1	Verordnung über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege	v. 9. 9. 2008 (Brem.GBl. S. 324)	§ 3 , § 4 Absatz 1 Satz 1, § 5 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 2, §§ 6, 7
2170-a-1	Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Versammlungsgesetz	v. 9. 2. 1993 (Brem.GBl. S. 63)	§ 1 Absatz 3
221-i-7	Verordnung zur staatlichen Anerkennung als Elementarpädagogin oder Elementarpädagoge (Bachelor of Arts)	v. 9. 9. 2010 (Brem.GBl. S. 469)	§ 1a Absatz 2 Satz 1, Absatz 4, § 3 Absatz 4 Satz 1, § 7 Absatz 1, § 8 Absatz 7 Nummer 1 und 2, § 9 Satz 1
221-k-1	Ordnung zur staatlichen Anerkennung der Sozialpädagoginnen / Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen / Sozialarbeiter im Lande Bremen	v. 9. 9. 2010 (Brem.GBl. 2011 S. 230)	§ 1a Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4, § 8 Absatz 1, § 9 Absatz 7 Nummer 1 und 2, § 10 Absatz 1
223-h-1	Weiterbildungsgesetz	v. 18. 6. 1996 (Brem.GBl. S. 127)	§ 9 Absatz 3 Nummer 6
223-i-2	Verordnung über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach dem Bremischen Bildungsurlaubsgesetz	v. 24. 8. 2010 (Brem.GBl. S. 465)	§ 1 Nummer 2
223-o-3	Verordnung über den berufsbegleitenden Bildungsgang zur Erzieherin und zum Erzieher sowie zur Heilerziehungspflegerin und zum Heilerziehungspfleger	v. 21. 5. 2002 (Brem.GBl. S. 163)	§ 3 Absatz 2 , § 5 Absatz 5 Satz 1, Absatz 6, § 12 Absatz 1 Nummer 1, 2 Satz 2, Absatz 5 Satz 1 , § 22 Absatz 1 Satz 2
223-o-4	Verordnung über die Fachschule für Sozialpädagogik	v. 21. 5. 2002 (Brem.GBl. S. 151)	§ 10 Absatz 1 Nummer 5
240-a-1	Anordnung zur Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes	v. 03.11.1998 (Brem.GBl. S. 645)	§ 1 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1, Absatz 3

Anlage 2
(zu Nummer 2.2)

Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

240-d-1	Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen	v. 18. 6. 1996 (Brem.GBl. S. 124)	§ 1 Absatz 2 Satz 3, Absatz 3, §§ 7 , 8 Absatz 8
242-a-1	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Häftlingshilfegesetz	v. 3. 11. 1998 (Brem.ABl. S. 646)	§ 1 Absatz 3 Nummer 1
26-a-3	Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Aufenthaltsgesetz	v. 14. 12. 2004 (Brem.GBl. S. 592)	§ 2 Absatz 2
26-a-4	Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Aufnahmegesetz	v. 14. 12. 2004 (Brem.GBl. S. 592)	§ 1
26-a-5	Verordnung zur Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem Aufenthaltsgesetz	v. 12. 12. 2005 (Brem.GBl. 2006 S. 29)	§ 2 Absatz 1 Nummer 2
310-a-2	Bremisches Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung und zur Anpassung des Landesrechts	v. 24. 11. 1998 (Brem.GBl. S. 305)	§ 3 Absatz 1
63-e-1	Bremisches Ortsgesetz Werkstatt Bremen	v. 15. 12. 1992 (Brem.GBl. S. 681)	§ 5 Absatz 3 Satz 1 und 2, § 6 Absatz 1, 2 und 3
86-d-1	Verordnung über die Errichtung und das Verfahren der Schiedsstelle nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch	v. 7. 3. 1995 (Brem.GBl. S. 145)	§ 2 Absatz 4 Satz 1, § 3 Absatz 2 Nummer 6, § 20
86-d-2	Verordnung über die Einrichtung eines Landespflegeausschusses nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch	v. 11. 4. 1995 (Brem.GBl. S. 287)	§ 1, § 4 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a~~)~~, Nummer 4, § 6 Absatz 2
86-e-1	Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz	v. 18. 12. 2003 (Brem.GBl. S. 414)	§ 12 Absatz 4 und 7 Satz 2

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Marktüberwachung von energiebetriebenen Produkten	v. 28. 7. 2009 (Brem.ABl. S. 777)	§ 1, § 2
	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz	v. 29.07.2007 (Brem.Abl. S. 649)	§ 1
203-c-7	Kostenverordnung Bau	v. 3. 9. 2002 (Brem.GBl. S. 463, 2003 S. 25)	§ 4
203-c-8	Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch	v. 3. 5. 2011 (Brem.GBl. S. 335)	§ 4
203-c-9	Kostenverordnung der Umweltverwaltung	v. 27. 8. 2002 (Brem.GBl. S. 423)	§ 4
2120-f-1	Gesundheitsdienstgesetz	v. 27. 3. 1995 (Brem.GBl. S. 175, 366)	§ 20 Absatz 1 Satz 1, § 25 Absatz 3
2121-m-1	Bekanntmachung über die nach dem Gentechnikgesetz und der GentechnikSicherheitsverordnung zuständigen Behörden	v. 16. 4. 1991 (Brem.ABl. S. 335)	§ 3 Absatz 1 Satz 2
2129-b-1	Bremisches Ortsgesetz über den Umweltbetrieb Bremen	idF der Bek. v. 10.08.2010 (Brem.GBl. S. 439)	§ 4 Absatz 3 Satz 1 und 2 ,§ 5 Absatz 2 , § 6 Absatz 1 bis 3, § 9, § 12
2129-e-9	Bekanntmachung über die zuständige landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und tierärztliche Fachbehörde nach der Bioabfallverordnung	v. 20. 3. 2001 (Brem.ABl. S. 383)	§ 1
2129-f-1	Bremisches Abwasserabgabengesetz	idF der Bek. v. 1. 5. 1989 (Brem.GBl. S. 267)	§ 2 Absatz 1 Satz 1, § 4 Absatz 2, § 8 Absatz 1

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
2129-g-1	Bremisches Bodenschutzgesetz	v. 27.08.2002 (Brem.Gbl. S. 385)	§ 16 Absatz 2 Nummer 1 und 2 Buchstabe a
2129-h-1	Bekanntmachung über die federführende Behörde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung	v. 17. 10. 1995 (Brem.ABl. S. 851)	§ 1 Absatz 1 Nummer 2
2129-k-1	Bekanntmachung über die zuständige Behörde für die Zulassung der Träger des freiwilligen ökologischen Jahres	v. 14. 2. 1995 (Brem.ABl. S. 147)	§ 1
2130-a-1	Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches	v. 22. 6. 1993 (Brem.GBl. S. 234)	§ 1 Absatz 1 und 4
2130-e-1	Gesetz, betreffend die öffentlichen Grundlasten	v. 23. 6. 1907 (SaBrem 2130-e-1))	§ 3 Satz 2
2130-f-1	Entwässerungsortsgesetz	idF der Bek. v. 3. 7. 2002 (Brem.GBl. S. 289)	§ 16 Satz 2
2130-f-4	Ortsgesetz über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen in der Stadtgemeinde Bremen	v. 22. 12. 1998 (Brem.GBl. S. 374)	§ 6 Satz 2
2130-f-5	Entwässerungsgebührenortsgesetz	idF der Bek. v. 2. 1. 2011 (Brem.GBl. S. 17)	§ 13 Satz 2
2130-f-6	Ortsgesetz über die die Erhebung von Kanalbaubeiträgen in der Stadtgemeinde Bremen	v. 10. 5. 1976 (Brem.GBl. S. 125)	§ 7a Satz 2
2131-a-3	Verordnung über die Zusammensetzung und die Tätigkeit des Denkmalrates	v. 26. 3. 1991 (Brem.GBl. S. 135, 1993 S. 145)	§ 2 Absatz 3 Nummer 2
2131-a-4	Verordnung über die Unterschutzstellung von Kulturdenkmälern und das Eintragungs- und Löschungsverfahren	v. 26. 3. 1991 (Brem.GBl. S. 133)	§ 2 Absatz 1 Satz 2, § 3 Absatz 1, § 5 Absatz 4
2133-a-1	Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen	v. 16. 10. 1990 (Brem.GBl. S. 303)	§ 5 Absatz 3, § 9a Absatz 2

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
2134-a-1	Ortsgesetz über die Entsorgung von Abfällen in der Stadtgemeinde Bremen	v. 18. 12. 2001 (Brem.GBl. S. 543)	§ 2 Absatz 3 , § 2a Absatz 3 Nummer 3, ~~§ 4~~, § 5 Absatz 3, § 15 Satz 2,§ 22 Absatz 1 Satz 1 und 2, § 28 Absatz 2
2180-a-1	Bremisches Wassergesetz	v. 12. 4. 2011 (Brem.GBl. S. 262)	§ 92 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 3
2180-a-5	Gesetz über die Erhebung einer Wasserentnahmegebühr	idF der Bek. v. 23. 4. 2004 (Brem.GBl. S. 189)	§ 10 Absatz 2
2180-f-2	Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Langen/Leherheide der swb Netze Bremerhaven GmbH & Co. KG	v. 1. 12. 2008 (Brem.GBl. 2009 S. 1, 139)	§ ~~3~~ 2 Absatz 3 Satz 2, § 4 Absatz 1
2180-f-4	Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Blumenthal der Stadtwerke Bremen AG	v. 11. 11. 1986 (Brem.GBl. S. 273)	§ 2 Nummer 4
2180-g-1	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach dem Wassersicherstellungsgesetz und der Ersten Wassersicherstellungsverordnung	v. 24. 1. 1977 (Brem.ABl. S. 29)	§ 1 Absatz 2
2181-a-1	Bremisches Gesetz zur Ausführung des Wasserverbandsgesetzes	v. 2. 2. 1993 (Brem.GBl. S. 43)	Artikel 1 Nummer 1
223-k-30	Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz	v. 4. 8. 2009 (Brem.GBl. S. 289)	§ 1
233-b-7	Verordnung zur Übertragung einer Ermächtigung nach dem Wohnraumförderugnsgesetz	v. 20.05.2003 (Brem.Gbl. S. 277)	§ 1
233-b-8	Bekanntmachung der Zuständigkeiten im Bereich der sozialen Wohnraumförderung	v. 14. 4. 2009 (Brem.ABl. S. 477)	§ 1 Absatz 2
233-b-9	Bremisches Wohnungsbindungsgesetz	v. 18. 11. 2008 (Brem.GBl. S. 391)	§ 3 Absatz 2 und 3

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
400-a-1	Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	v. 18. 7. 1899 (SaBremR 400-a-1)	§ 23 Satz 1
45-c-91	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Atomgesetz	v. 5. 10. 1981 (Brem.GBl. S. 163)	§ 1 Nummer 2 und 3
45-c-109	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Wohnraumförderungsgesetz und dem Wohnungsbindungsgesetz	v. 1. 7. 2003 (Brem.GBl. S. 287)	§ 1 Nummer 1 Buchstabe b
45-c-116	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	v. 20. 11. 2007 (Brem.GBl. S. 493)	§ 1 Nummer 1
45-c-124	Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Abfallrecht und zur aufhebung der Verrodnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung	v. 28. 6. 2005 (Brem.GBl. S. 314)	Artikel 1 Absatz 1
45-c-130	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz	v. 29. 5. 2007 (Brem.GBl. S. 403)	§ 1 Nummer 1
45-c-131	Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister	v. 23. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 236)	§ 1 Nummer 2 Buchstabe a
5-a-1	Verordnung zur Durchführung des Landbeschaffungsgesetzes	v. 25. 6. 1957 (SaBremR 5-a-1)	§ 1, § 2
5-a-2	Verordnung zur Durchführung des Schutzbereichgesetzes	v. 19. 11. 1957 (SaBremR 5-a-2)	§ 1

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
60-c-2	Rückflussbindungsgesetz	v. 28. 5. 2002 (Brem.GBl. S. 133)	§ 2
61-f-2	Bekanntmachung über die Zuständigkeit für das Bescheinigungsverfahren nach § 7 d Abs. 2 Nr. 2 Einkommensteuergesetz	v. 1. 3. 1976 (Brem.ABl. S. 104)	§ 2
63-h-3	Bremische Vergabeverordnung	v. 21. 9. 2010 (Brem.GBl. S. 523)	§ 2 Absatz 1
63-p-1	Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Stadtgemeinde Bremen	v. 27. 4. 2010 (Brem.GBl. S. 325)	§ 1 Absatz 2 Satz 2, § 5 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3, § 8 Abatz 2
64-a-1	Vermessungs- und Katastergesetz	v. 16. 10. 1990 (Brem.GBl. S. 313)	§ 2 Absatz 6 Satz 2, § 6 Absatz 2, § 10 Absatz 12 Satz 1, § 14 Absatz 2 Satz 2, § 23
64-a-4	Bremisches Geodatenzugangsgesetz	v. 24. 11. 2009 (Brem.GBl. S. 531)	§ 10 Absatz 1
64-b-1	Verordnung über das Verfahren zum automatisierten Abruf von Daten des Liegenschaftskatasters - Liegenschaftsdaten-Abruf-Verordnung	v. 28. 4. 2009 (Brem.GBl. S. 141)	Anlage 1 bis 3
64-d-1	Bremisches Gesetz über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure	v. 24. 11. 2009 (Brem.GBl. S. 526)	§ 3 Absatz 1, § 23 Absatz 1 , § 24 Absatz 1
711-f-1	Bremisches Ingenieurgesetz	v. 25. 2. 2003 (Brem.GBl. S. 67)	§ 23 Absatz 9, § 24 Absatz 1
714-b-1	Bremisches Architektengesetz	v. 25. 2. 2003 (Brem.GBl. S. 53)	§ 7 Absatz 10, § 20 Absatz 1
752-a-2	Verordnung über die nach dem Atomgesetz zuständigen Behörden	v. 14. 4. 1980 (Brem.GBl. S. 88)	§ 1 Absatz 1 Nummer 5, § 2 Absatz 2, § 3 Absatz 2
752-d-1	Bremisches Energiegesetz	v. 17. 9. 1991 (Brem.GBl. S. 325)	§ 17 Absatz 1, § 21 Absatz 3
752-d-2	Verordnung zur Durchführung der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes im Land Bremen	v. 21. 12. 2010 (Brem.GBl. S. 690)	§ 2 Absatz 5 Satz 2, § 3 Absatz 6 Satz 4, § 4 Absatz 1 und 2, § 8 Absatz 4, § 14 Satz 1, § 15 Absatz 3, § 16 Absatz 1 Satz 2 , Anlage (3mal)

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
790-a-1	Bremisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege	v. 27. 4. 2010 (Brem.GBl. S. 315)	§ 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 , § 8 Absatz 7, § 30 Absatz 1 Satz 1, § 34 Absatz 3
790-a-4	Sondernutzungsgebührenordnung für öffentliche Grünanlagen	v. 23. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 225)	§ 1 Absatz 1 Satz 2
791-a-3	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Düllhamm" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremerhaven	v. 12. 7. 1984 (Brem.GBl. S. 187)	§ 2 Absatz 2
791-a-4	Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Surheide-Süd/Ahnthammsmoor" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremerhaven	v. 12. 7. 1984 (Brem.GBl. S. 188)	§ 2 Absatz 3
791-a-5	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Kuhgrabensee" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 12. 7. 1984 (Brem.GBl. S. 191)	§ 2 Absatz 2
791-a-12	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westliches Hollerland (Leherfeld)" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 25. 3. 1985 (Brem.GBl. S. 73)	§ 2 Absatz 3
791-a-14	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Hammersbecker Wiesen" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 1. 7. 1986 (Brem.GBl. S. 145)	§ 2 Absatz 2
791-a-16	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Borgfelder Wümmewiesen" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 24. 3. 1987 (Brem.GBl. S. 141)	§ 2 Absatz 2
791-a-19	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Eispohl/Sandwehen" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 15. 6. 1988 (Brem.GBl. S. 165)	§ 2 Absatz 2
791-a-21	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Neue Weser" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 20. 12. 1988 (Brem.GBl. S. 337)	§ 2 Absatz 2

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
791-a-22	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Dunger See" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 5. 6. 1990 (Brem.GBl. S. 187)	§ 2 Absatz 2
791-a-24	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Am Stadtwaldsee (Uni-Wildnis)" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 15. 3. 1991 (Brem.GBl. S. 115)	§ 2 Absatz 2
791-a-25	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Ruschdahlmoor (Lesumer Moor)" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 7. 10. 1991 (Brem.GBl. S. 342)	§ 2 Absatz 2
791-a-26	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Untere Wümme" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 7. 10. 1991 (Brem.GBl. S. 343)	§ 2 Absatz 2
791-a-29	Verordnung über das Naturschutzgebiet Werderland im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 26. 9. 1996 (Brem.GBl. S. 307, ber. S. 339)	§ 2 Absatz 2, § 6 Nummer 5
791-a-31	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Weserportsee" im Stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven	v. 21. 3. 1997 (Brem.GBl. S. 125)	§ 2 Absatz 2
791-a-34	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Ochtumniederung bei Brokhuchting" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 3. 12. 1998 (Brem.GBl. S. 341)	§ 2 Absatz 2
791-a-51	Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Nordwestliche Osterholzer Feldmark" im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen	v. 27.08.2002 (Brem.GBl. S. 385)	§ 2 Absatz 2
791-a-52	Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Blockland - Burgdammer Wiesen" in der Stadtgemeinde Bremen	v. 23. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 211)	§ 2 Absatz 5

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
791-a-53	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Grambker Feldmarksee" in der Stadtgemeinde Bremen	v. 23. 6. 2009 (Brem.GBl. S. 211)	§ 2 Absatz 3
791-a-54	Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Werderland und Lesumröhricht" in der Stadtgemeinde Bremen	v. 14. 12. 2010 (Brem.GBl. S. 597)	§ 2 Absatz 5, § 6 Nummer 4, Karte
791-a-55	Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Lesumniederung und Burg-Grambke" in der Stadtgemeinde Bremen	v. 14. 12. 2010 (Brem.GBl. S. 597)	§ 2 Absatz 3, Karte
8053-i-2	Bekanntmachung über die nach der FCKW-Halonverbotsverordnung zuständigen Behörden	v. 28. 4. 1992 (Brem.ABl. S. 255)	§ 1 Absatz 1
90-a-3	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach der Verkehrssicherstellungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung	v. 15. 4. 2003 (Brem.ABl. S. 169)	§ 1 Nummer 2 Buchstabe a
90-b-1	Bremisches Seilbahngesetz	v. 12. 10. 2004 (Brem.GBl. S. 523)	§ 19 Absatz 1 bis 3
9231-b-1	Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug des Kraftfahrsachverständigengesetzes	v. 17. 10. 1972 (Brem.ABl. S. 565)	§ 1
9233-a-3	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung	v. 15. 12. 1992 (Brem.ABl. S. 531)	§ 1 Absatz 1, 3 Nummer 1
9233-c-2	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach der Fahrerlaubnis-Verordnung	v. 24. 11. 1998 (Brem.ABl. S. 747)	§ 1 Absatz 1
9240-a-2	Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen des Personenbeförderungsgesetzes	v. 18. 5. 1993 (Brem.GBl. S. 155)	§ 1

Anlage 3
(zu Nummer 2.3)

Umwelt, Bau und Verkehr

Nummer	Bezeichnung		Vorschriften
9241-b-5	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Güterkraftverkehrsgesetz	v. 22. 9. 1998 (Brem.ABl. S. 563)	§ 1
93-c-1	Landeseisenbahngesetz	v. 3. 4. 1973 (Brem.GBl. S. 33)	§ 25 Absatz 3, § 26 Absatz 1 und 2, § 27 Absatz 1 und 2
93-c-2	Verordnung über den Bau und Betrieb von Anschlußbahnen	v. 6. 1. 1961 (Brem.GBl. S. 13)	§ 1 Absatz 2, § 3 Absatz 2, § 4 Absatz 1

Anlage 4
(zu Nummer 2.4)

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
Bereich Wirtschaft und Häfen			
	Bekanntmachung über die nach dem Geldwäschegesetz zuständigen Behörden	v. 10. 8. 2010 (Brem.ABl. S. 745)	§ 1 Absatz 2
202-c-1	Bremisches Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner und über die europäische Verwaltungszusammenarbeit	v. 16. 11. 2010 (Brem.GBl. S. 571)	§ 2 Absatz 2, §§ 4, 6, 8 Absatz 1 und 2, § 9 Absatz 1 und 2
203-c-10	Kostenverordnung der Verwaltung Wirtschaft und Häfen	v. 4. 9. 2002 (Brem.GBl. S. 511)	§ 3 Überschrift und Text
2129-d-1	Bekanntmachung über die nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm zuständigen Behörden	v. 7. 5. 1974 (Brem.ABl. S. 306)	§§ 1, 2
2129-d-2	Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Bremen	v. 8. 12. 2009 (Brem.GBl. S. 545)	§ 4 Satz 3
2182-a-1	Bremisches Landesstraßengesetz	v. 20. 12. 1976 (Brem.GBl. S. 341)	§ 46 Absatz 2
2190-e-1	Verordnung zur Ausführung des Waffengesetzes	v. 18. 11. 2003 (Brem.GBl. S. 387)	§ 1 Absatz 6 Satz 1
223-h-1	Weiterbildungsgesetz	v. 18.06. 1996 (Brem.GBl. S. 127, 243)	§ 9 Absatz 3 Nummer 6
411-c-1	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten nach dem Börsengesetz	v. 6. 8. 2002 (Brem.GBl. S. 331)	§ 1
43-c-1	Verordnung über Einigungsstellen	v. 16. 2. 1988 (Brem.GBl. S. 17)	§ 2
63-n-1	Ortsgesetz über die Errichtung eines "Sondervermögens Hafen"	v. 26. 3. 2002 (Brem.GBl. S. 44)	§ 5 Absatz 1 und 2, § 7
63-o-1	Ortsgesetz über die Errichtung eines "Sondervermögens Überseestadt"	v. 19. 12. 2000 (Brem.GBl. S. 484, 2001 S. 14)	§ 5 Absatz 1 und 2, § 7

Anlage 4
(zu Nummer 2.4)

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
63-p-2	Ortsgesetz über die Errichtung eines "Sondervermögens Gewerbeflächen" der Stadtgemeinde Bremen	v. 20. 5. 2003 (Brem.GBl. S. 269)	§ 1 Absatz 2 Satz 2, § 5 Absatz 1 und 2, § 7
63-p-3	Gesetz über die Errichtung eines sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen des Landes Bremen	v. 20. 5. 2003 (Brem.GBl. S. 267)	§ 1 Absatz 2 Satz 2, § 5 Absatz 1 und 2, § 7
63-t-1	Gesetz über die Errichtung eines "sonstigen Sondervermögens Fischereihafen"	v. 18. 6. 2002 (Brem.GBl. S. 225)	§ 5 Absatz 1 und 2, § 7
64-b-1	Liegenschaftsdaten-Abruf-Verordnung	v. 28. 4. 2009 (Brem.GBl. S. 141)	Anlage 1 (3mal)
70-b-1	Gesetz über die Industrie- und Handelskammern im Lande Bremen	v. 6. 5. 1958 (Brem.GBl. S. 47)	§ 1 Absatz 2, § 4
70-c-1	Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen	v. 28. 3. 2000 (Brem.GBl. S. 83)	§ 23 Absatz 1
7100-b-1	Verordnung über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung	v. 23. 10. 1990 (Brem.GBl. S. 441)	§ 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 Buchstabe d Satz 2, § 3 Nummer 3, § 4
7101-g-1	Verordnung über die nach dem Sprengstoffgesetz zuständigen Behörden	v. 17. 11. 1998 (Brem.GBl. S. 333)	§ 1 Absatz 1 Satz 2, § 6
711-b-1	Bremisches Gaststättengesetz	v. 24. 2. 2009 (Brem.GBl. S. 45)	§ 5 Absatz 3, § 6 Satz 1, § 9 Absatz 2
711-b-2	Bremische Gaststättenverordnung	v. 13. 3. 2009 (Brem.GBl. S. 64)	§ 3 Absatz 1
712-a-1	Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach der Handwerksordnung	v. 22. 11. 1966 (Brem.GBl. S. 175)	§ 1 Nummer 4
712-a-5	Verordnung über die Zuständigkeiten nach den §§ 7a bis 9 der Handwerksordnung	v. 22. 3. 2005 (Brem.GBl. S. 96)	§ 2
712-a-4	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach der Handwerksordnung	v. .8.3.1976 (Brem.Abl. S. 127)	§ 1 Absatz 1 und 2

Anlage 4
(zu Nummer 2.4)

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
751-b-1	Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz	v. 20.07.1981 (Brem.GBl. S. 153)	§ 1
751-b-2	Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Bundesberggesetz	v. 14. 12. 1981 (Brem.GBl. S. 285, ber. 1993 S. 145)	§ 1 Absatz 1 und 3
780-a-1	Gesetz über die Landwirtschaftskammer Bremen	v. 20. 3. 1956 (Brem.GBl. S. 13)	§ 27 Absatz 1 Satz 1
780-a-4	Verordnung über die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer Bremen	v. 25. 3. 1958 (Brem.GBl. S. 30, ber. 1993 S. 144)	§ 2
780-b-1	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Ernährungssicherstellungsgesetz, dem Ernährungsvorsorgegesetz und der Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung	v. 13. 2. 1996 (Brem.ABl. S. 125)	§§ 1 bis 3
7810-a-1	Verordnung zur Durchführung des Grundstücksverkehrsgesetzes und des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen	v. 9. 1. 1962 (Brem.GBl. S. 6, ber. 1962 S. 10)	§ 1
7811-a-1	Verordnung zur Durchführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 45	v. 19. 7. 1948 (Brem.GBl. S. 119)	§ 5 Absatz 3 Satz 2
7815-a-1	Gesetz zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes	v. 22. 9. 1959 (Brem.GBl. S. 135)	§ 1 Absatz 2
7824-a-3	Verordnung über die Regelung der künstlichen Besamung zur Förderung der Tierzucht	v. 31. 1. 1950 (Brem.GBl. S. 17)	§ 1 Absatz 1, Absatz 3 Satz 1 (nur 1 mal) , Absatz 4, § 3 Absatz 2, § 5
7831-a-1	Bremisches Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz	v. 8. 4. 2003 (Brem.GBl. S. 171)	§ 7 Absatz 6, 7, § 8 Absatz 1, 3, 5
7832-d-2	Verordnung über den Schlachthofzwang in der Stadt Bremen	v. 13. 10. 1953 (Brem.GBl. S. 108)	§§ 4, 5 Absatz 3
7843-a-2	Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlaß von Verordnungen auf dem Gebiet der Vieh- und Fleischwirtschaft	v. 23. 2. 1971 (Brem.GBl. S. 15)	§ 1

Anlage 4
(zu Nummer 2.4)

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
793-a-1	Bremisches Fischereigesetz	v. 17. 9. 1991 (Brem.GBl. S. 309, ber. 1993 S. 145)	§ 22 Absatz 2, § 30 Absatz 1
8051-b-1	Verordnung über die nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz zuständigen Behörden	v. 27. 9. 1976 (Brem.GBl. S. 215)	§ 1 Absatz 1 Satz 2
90-a-1	Bekanntmachung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Übereinkommen vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwend	v. 18. 4. 1977 (Brem.ABl. S. 201)	§ 1 Satz 1
90-a-2	Bekanntmachung über die nach dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container zuständigen Behörden	v. 18. 4. 1977 (Brem.ABl. S. 201)	§ 1 Absatz 1 und 2
90-a-3	Bekanntmachung über die zuständigen Behörden nach der Verkehrssicherstellungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung	v. 15. 4. 2003 (Brem.ABl. S. 169)	§ 1 Nummer 1 Buchst. b, Nummer 2 Buchst. b, § 2 Nummer 1 bis 3
9241-c-3	Bekanntmachung über die Zuständigkeit nach der Gefahrgutbeauftragtenverordnung	v. 22. 2. 1994 (Brem.ABl. S. 72)	§ 1
9511-a-1	Bremisches Hafenbetriebsgesetz	v. 21. 11. 2000 (Brem.GBl. S. 437, ber. 2002 S. 3)	§ 9 Absatz 4, § 12 Absatz 4 Satz 1, § 13 Absatz 7 Satz 1, § 16 Absatz 2, §§ 17, 20
9511-a-3	Bremische Hafenordnung	v. 24. 4. 2001 (Brem.GBl. S. 91, ber. 2001 S. 237, 237)	§ 55a Absatz 1 Satz 2
9511-a-5	Bremisches Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände	v. 27. 11. 2002 (Brem.GBl. S. 565, ber. 2003 S. 365)	§ 14 Absatz 1, § 16 Absatz 1

Anlage 4
(zu Nummer 2.4)

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
9511-a-7	Bremisches Hafensicherheitsgesetz	v. 30. 4. 2007 (Brem.GBl. S. 307)	§ 3 Absatz 2 Satz 1
9511-d-1	Bremische Hafengebührenordnung	v. 15. 3. 2006 (Brem.GBl. S. 135, ber. S. 363)	§ 2 Nummer 2, § 5 Absatz 4 Satz 2
96-b-1	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Luftverkehrsgesetz und dem Luftsicherheitsgesetz	v. 8. 2. 2005 (Brem.ABl. S. 75)	§§ 1 bis 4

Anlage 4
(zu Nummer 2.4)

Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
Bereich Arbeit			
	Bekanntmachung über die Regelung der Zuständigkeiten nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	v. 2.5.2008 (Brem.ABl.S. 269)	§ 1 Absatz 1
242-a-1	Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Häftlingshilfegesetz	v. 3. 11. 1998 (Brem.ABl. S. 646)	§ 1 Absatz 1
32-b-1	Anordnung über die Bildung von Beratungsausschüssen für die Ernennung von Vorsitzenden der Arbeitsgerichte und von Berufungsrichtern der Sozialgerichte im Lande Bremen	v. 22. 12. 2004 (Brem. ABl. S. 1011)	§ 3 Nummer 4
63-h-3	Bremische Vergabeverordnung	v. 21. 9. 2010 (Brem.GBl. S. 523)	§ 1 Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 und 7 Satz 1 und 3
830-a-1	Verordnung über die Durchführung der Kriegsopferfürsorge	v. 17. 4. 1962 (Brem.GBl. S. 155)	§ 1 Absatz 1, § 5 Absatz 2
86-e-5	Bekanntmachung über die Übertragung von Ermächtigungen nach § 107 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen -	v.20.10.2005 (Brem.ABl. S. 847)	§ 1

Anlage 5
(zu Nummer 2.5)

Senatskommissarin Datenschutz

Nummer	Bezeichnung	Datum/ Fundstelle	Vorschriften
206-d-1	Bekanntmachung über die Aufgaben nach Artikel 13 Abs. 2 Buchstabe a des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten zuständige Behörde	v. 05.05.1987 (Brem.ABl. S. 183)	§ 1

Herausgegeben von der Senatskanzlei Bremen, Rathaus – Verlag: Carl Ed. Schünemann KG, Bremen, II. Schlachtpforte 7,
Druck: Girzig+Gottschalk, Hannoversche Straße 64, Bremen